

Parlamentsdienste
Services du Parlement
Servizi del Parlamento
Servetschs dal parlame



Argumentarien Contra

13.086

Stopp der Überbevölkerung - zur
Sicherung der natürlichen Lebens-
grundlagen. Volksinitiative

Dokumentation

Parlamentsbibliothek

Documentation

Bibliothèque du Parlement

Documentazione

Biblioteca del Parlamento

Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.

Inhaltsverzeichnis

Umwelt ja – Ecopop nein! Argumentarium gegen die Ecopop-Initiative	1
Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten	3
Bevölkerungspolitik auf Irrwegen Caritas zur Initiative «Stopp der Überbevölkerung» von Ecopop	4
www.ecopopnein.ch	19
Kurz-Argumente des « Komitees solidarische Schweiz - Nein zu Ecopop »	22
Argumentarium der Grünen zur Ecopop-Initiative	23
Stellungnahme von SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz zur Ecopop-Initiative	47



Argumentarium gegen die Ecopop-Initiative

Ecopop löst keine Umweltprobleme: Um Umweltprobleme zu lösen braucht es Umweltpolitik

1. Wir müssen unseren Fussabdruck verringern

Ecopop verwendet die falschen Indikatoren! Zweifellos beeinflusst die demographische Verdichtung unsere Auswirkung auf die Umwelt, sie ist aber nur einen von vielen Faktoren. Es macht keinen Sinn, eine maximale Bevölkerungsgrösse für die Schweiz zu fixieren: Alles hängt vom Lebensstil der Bevölkerung ab, insbesondere vom Konsum, dem Wohnen und der Mobilität. Der ökologische Fussabdruck jedes Einwohners ist ausschlaggebend.

2. Ein Deutscher verschmutzt nicht weniger, nur weil er im eigenen Land statt in der Schweiz wohnt und arbeitet

Ecopop verwendet die falschen Instrumente! Die Migrationspolitik hat keinen Einfluss auf unsere globalen ökologischen Fussabdruck. Die Nutzung der Ressourcen kennt weder Nationalität noch Grenze. Nur ein Wechsel im Verhalten und bei den verwendeten Technologien durch jeden von uns, unabhängig von seiner Nationalität und seinem Wohnort, kann wirksam sein.

3. Ecopop steigert die Zahl der Grenzgänger und deren Auswirkungen auf das Klima

Durch die Migrationseinschränkung von Ecopop könnten unsere Krankenhäuser, unsere Universitäten und unsere Unternehmen nicht mehr die notwendigen Fachkräfte in der Schweiz finden. Sie müssten aus diesem Grund Grenzgänger anstellen, die beim täglichen Pendeln zusätzliche CO₂-Ausstosse verursachen.

4. Umweltpolitik löst Umweltprobleme

Damit unser ökologischer Fussabdruck in der Schweiz und weltweit verringert wird, braucht es zielgerichtete umweltpolitische Instrumente: eine glaubwürdige Raumplanung, eine kontrollierte Mobilität, die Energiewende, eine grüne Wirtschaft und eine ökologische Steuerreform.

5. Qualitatives Wirtschaftswachstum ist die Lösung

Wir müssen unser Wirtschaftswachstum besser bewältigen. Innovative und nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten, die einen effizienten Umgang mit den Ressourcen



erlauben, müssen gefördert werden. Falls einige Kantone oder Gemeinden mit einer „Überhitzung“ des Wachstums konfrontiert sind, können sie ihre Wachstumspolitik Nachhaltigkeitskriterien unterwerfen.

Zusammenfassende Nein-Argumente:

Die Ecopop Initiative löst keine Umweltprobleme – sie verlagert sie einzig über die Grenze.

Die Ecopop Initiative schafft noch mehr Pendelverkehr, da Grenzgängerinnen von der Initiative nicht betroffen sind.

Die Ecopop Initiative Pacht das eigentliche Problem, den hohen Pro-Kopf Verbrauch an natürlichen Ressourcen nicht an. Sie gaukelt vor, der Ressourcenverbrauch könne pro Kopf weiter steigen, wenn weniger Menschen in der Schweiz sind.

Die Ecopop Initiative verhindert eine griffige Umweltpolitik, da sie auf eine Scheinlösung setzt.



FORUM FÜR DIE INTEGRATION DER MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN FORUM POUR L'INTÉGRATION DES MIGRANTES ET DES MIGRANTS FORUM PER L'INTEGRAZIONE DELLE MIGRANTI E DEI MIGRANTI

Argumentarium gegen die Ecopop-Initiative

Warum das FIMM sich gegen die Ecopop-Initiative engagiert

- MigrantInnen leisten einen wichtigen Beitrag für den wirtschaftlichen und kulturellen Reichtum der Schweiz. Das FIMM setzt sich dafür ein, dass dieser Beitrag anerkannt wird und Wertschätzung erhält.

Ziele der Initiative

- Die Initiative will, dass die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz durch Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt nicht mehr als 0,2 Prozent pro Jahr wachsen darf. Das wäre bei rund 8 Millionen Einwohnern eine Zuwanderung von höchstens 16'000 Personen pro Jahr. Zum Vergleich: Die Netto-Zuwanderung belief sich in den letzten Jahren auf 80'000 Personen pro Jahr.
- Gleichzeitig verlangt die Initiative, dass 10 Prozent aller Schweizer Entwicklungsausgaben für Massnahmen „zur Förderung der freiwilligen Familienplanung“ investiert werden müssen.

MigrantInnen sind nicht das Problem, sondern tragen einen Teil zur Lösung bei:

- Die Ecopop-Initiative suggeriert, dass die natürlichen Lebensgrundlagen durch die Einwanderung gefährdet sind. Damit wird negiert, dass Umweltverschmutzung und Ressourcenverschleiss nicht vor den Landesgrenzen Halt machen und dass nicht nur die MigrantInnen, sondern die gesamte Weltbevölkerung beim Schutz der ökologischen Grundlagen aktiv werden müssen.

Entwicklungszusammenarbeit statt Fremdbestimmung für Entwicklungsländer

- Die geforderten Massnahmen zur Förderung der Familienplanung in Entwicklungsländern sind der Ausdruck einer überheblichen, kolonialistischen Sicht auf ärmere Länder. Mit Familienplanung in Entwicklungsländern soll der privilegierte und unökologische Lebensstil der Schweizer Bevölkerung weiter ermöglicht werden.
- Die Schweizerische Entwicklungshilfe ist Teil der internationalen Zusammenarbeit und basiert auf Kooperation, Dialog und Nachhaltigkeit. Diese Art der Entwicklungshilfe garantiert einen respektvollen Umgang mit der Bevölkerung in den Partnerländern. Namhafte Hilfsorganisationen kritisieren deshalb die Forderung der Ecopop-Initiative als wirkungslos und den entwicklungspolitischen Grundsätzen widersprechend.
- 10 Prozent der Entwicklungshilfe ist viel Geld, das besser gezielt in Gesundheit, Bildung und Beschäftigung investiert werden soll. Die Konzentration auf Massnahmen für die freiwillige Familienplanung lenkt ab von den strukturellen Ursachen der Armut und bringt für die Betroffenen keine Verbesserungen beim Bildungsangebot, bei sozialen Einrichtungen und bei der Gesundheitsvorsorge.

Initiative ist kontraproduktiv und schädlich

- Eine derart rigide Einschränkung der Zuwanderung, wie die Ecopop-Initiative verlangt, würde zu einer Zunahme von Grenzgänger- und Kurzaufenthaltsbewilligungen führen, da damit der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften abgedeckt werden müsste. Auch eine Zunahme an illegaler Einwanderung ist bei Annahme der Initiative zu erwarten, was den Lohndruck erhöhen würde und eine Förderung befristeter und prekärer Arbeitsverhältnisse bedeutet.
- Die Zunahme an Grenzgängerbeschäftigungen wirkt sich aufgrund des Mehrverkehrs negativ auf die Ökobilanz aus.



Bevölkerungspolitik auf Irrwegen

Caritas zur Initiative «Stopp der Überbevölkerung» von Ecopop

Die Anliegen der Initiative

In Kürze: Die Ecopop-Initiative «Stopp der Überbevölkerung» trägt weder zur Lösung der demografischen und migrationspolitischen Herausforderungen der Schweiz bei, noch dient sie einer menschenwürdigen Armutsbekämpfung in den ärmsten Entwicklungsländern:

→ Innenpolitisch will sie eine rigide Beschränkung der Zuwanderung und hat eine Kündigung der Personenfreizügigkeit zur Folge. Strukturelle Probleme hinsichtlich der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen hingegen geht sie nicht an. Richtig wäre es, den Ressourcenverschleiss zu bremsen, an der Personenfreizügigkeit festzuhalten und gleichzeitig das inländische Potenzial durch bessere berufliche Rahmenbedingungen für Frauen, Berufsbildungsefforts und Anerkennung der Ausbildungen von Migrantinnen und Migranten optimal zu nutzen.

→ Entwicklungspolitisch untergräbt sie die Anstrengungen der Entwicklungszusammenarbeit für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung, indem sie zur Senkung des Bevölkerungswachstums in den ärmsten Ländern Afrikas zehn Prozent der Entwicklungsgelder auf freiwillige Familienplanung lenken will. Richtig wäre es, gezielt in Bildung, Gesundheit und Beschäftigung zu investieren und Familienplanung dort ergänzend einzusetzen, wo dies dringend nötig ist.

Caritas setzt sich ein für eine nachhaltige Entwicklung, in der Schweiz ebenso wie in Entwicklungsländern. Anstelle der unsinnigen Forderung nach isolierter Zuwanderungsbeschränkung und einseitiger Familienplanung braucht es Massnahmen, welche die Herausforderungen von Grund auf angehen und strukturellen Lösungen den Weg ebnen.

Im November 2012 reichte die Vereinigung Ecopop ihre Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» ein. Die Initianten nehmen eine Belastungsgrenze der «natürlichen Lebensgrundlagen» an und leiten daraus eine Obergrenze der Bevölkerungszahl ab, die es einzuhalten gelte. In der Schweiz soll dies dank rigider Begrenzung der Einwanderung, in Entwicklungsländern dank freiwilliger Familienplanung erreicht werden.

Ecopop-Anliegen 1: Bevölkerungswachstum der Schweiz bremsen

Ecopop will die «natürlichen Lebensgrundlagen» der Schweiz dauerhaft sicherstellen und daher deren Einwohnerzahl beschränken. Um dies zu erreichen, soll der Zuwanderungssaldo, das heisst die Differenz zwischen Ein- und Auswanderung, derart begrenzt werden, dass er höchstens 0,2 Prozent jährliches Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung zur Folge hat. Zur Herkunft einwandernder Personen äussert sich Ecopop nicht, da es ihr nur um der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen geht. Ausgehend von der Bevölkerungsstatistik per 31.12. 2012 hätte dies bedeutet, dass der Zuwanderungssaldo auf 16 100 Personen begrenzt worden wäre, tatsächlich betrug er 64 800 Personen. Die Begrenzung der Zuwanderung ist das Hauptanliegen der Initiative. Dabei hat Ecopop eine national-ökologische Sichtweise, was sich auch daran zeigt, dass der neue Artikel «Bevölkerungszahl» im Abschnitt «Umwelt und Raumplanung» der Bundesverfassung eingefügt werden soll.

Auswirkung der Initiative auf die Zuwanderung am Beispiel der Bevölkerungsstatistik 2012

Bevölkerungszahl per 31.12.2012: 8 036 900 Personen	Reales Wachstum		Gemäss Ecopop-Initiative	
	Personen	in Prozent	Personen	in Prozent
Bevölkerungswachstum 2012	82 300	1,03%	33 600	0,42%
davon im Inland	17 500	0,22%	17 500	0,22%
davon durch Zuwanderung	64 800	0,81%	16 100	0,20%

Quelle: Bundesamt für Statistik, eigene Berechnungen

Ecopop-Anliegen 2: Völkerrechtliche Verträge aufkündigen

Ecopop verlangt im vorgeschlagenen Verfassungsartikel, dass die Schweiz keine völkerrechtlichen Verträge abschliessen darf, welche «gegen die Bestimmungen dieses Artikels verstossen oder Massnahmen verhindern oder erschweren, die zur Erreichung der Ziele dieses Artikels geeignet sind» – also keine Vertragsabschlüsse, die eine Zuwanderung ohne feste Kontingentierung erlauben. Gemäss Übergangsbestimmung müssen bestehende völkerrechtliche Verträge innert vier Jahren angepasst, nötigenfalls gekündigt werden. Damit stellen sich die Initianten explizit gegen die Weiterführung und Erweiterung der bilateralen Verträge mit der EU. Das Personenfreizügigkeitsabkommen wäre zu kündigen.

Es gibt keinen «sachlichen Zusammenhang» zwischen Familienplanung in Afrika und Zuwanderungsbegrenzung in die Schweiz.

lionen Franken für Familienplanung aufzuwenden, wenn man den Rahmenkredit 2013–2016 für Internationale Zusammenarbeit als Grundlage nimmt. Ecopop argumentiert, dass damit die gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale

Entwicklung in Entwicklungsländern gefördert und gleichzeitig die Natur geschont werden solle. Dahinter steht das Bild einer «Bevölkerungsexplosion», wonach in den ärmsten Ländern vor allem das Bevölkerungswachstum für Armut und Entwicklungsdefizite verant-

wortlich sei. Im Fokus haben die Initianten nach eigenen Angaben die ärmsten Länder Afrikas.

Ecopop-Anliegen 3: Entwicklungszusammenarbeit auf Familienplanung kanalisieren

Ergänzend will Ecopop schliesslich vorschreiben, mindestens 10 Prozent der Schweizer Entwicklungsgelder seien für eine «würdige Förderung von freiwilliger Familienplanung» in Entwicklungsländern mit hohen Fruchtbarkeitsraten, der durchschnittlichen Anzahl Kinder pro Frau, einzusetzen. Demnach hätte die Schweiz jährlich über 200 Mil-

Keine Einheit der Materie

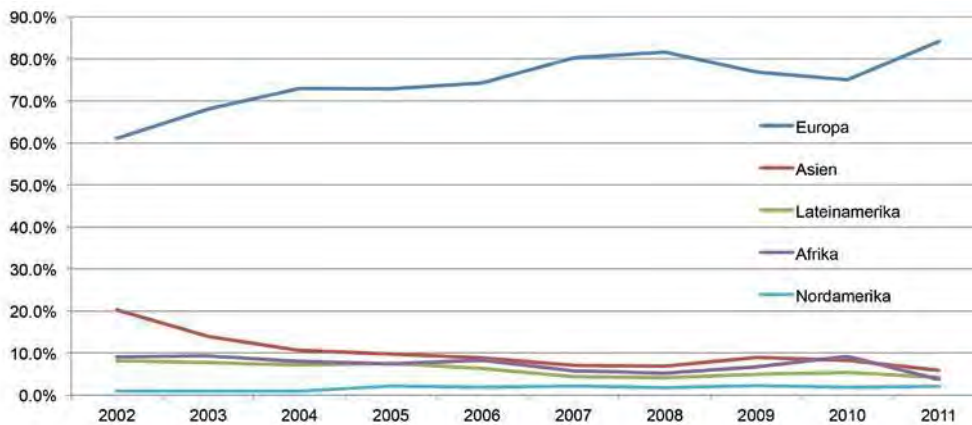
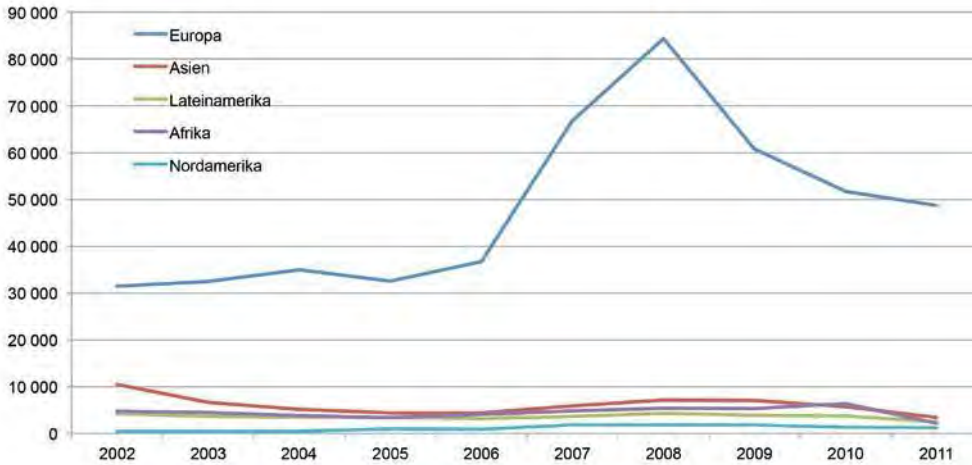
Am 29. Mai 2013 hat der Bundesrat substantiell zur Initiative Stellung genommen: Er lehnt deren Anliegen ab, anerkennt aber ihre Gültigkeit. Dies überzeugt nicht, gibt es doch keinen «sachlichen Zusammenhang» zwischen Familienplanung in Afrika und Zuwanderungsbegrenzung in die Schweiz. Dass die Migration aus den ärmsten Ländern Afrikas gewichtig zum Bevölkerungswachstum der Schweiz beitrage, wie Ecopop suggeriert, ist falsch. In den letzten zehn Jahren erfolgte die Zuwanderung grösstenteils aus europäischen Ländern. 2011 betrug der Anteil Europas am Zuwanderungssaldo 84 Prozent, jener Afrikas gerade einmal 3,7 Prozent oder 2200 Personen. Freiwillige Familien-

Entwicklungsgelder für Familienplanung gemäss Ecopop-Initiative in Millionen CHF

	Rahmenkredit 2013–2016	davon 10% (Ecopop)	pro Jahr
Entwicklungszusammenarbeit DEZA	6920	692	173
Entwicklungszusammenarbeit SECO	1280	128	32
Humanitäre Hilfe DEZA	2025	--	--
Transitionszusammenarbeit Osteuropa/GUS	1125	--	--
Total	11 350	820	205

Quelle: Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, eigene Berechnungen

Zuwanderungssaldo 2002–2011 nach Kontinenten in Zahlen und Prozent



Quelle: Bundesamt für Statistik, eigene Darstellung

planung in Afrika hat also mit «Überbevölkerung» und «Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» der Schweiz nichts zu tun. Der populistische Titel «Stopp der Überbevölkerung» kann darüber ebenso wenig hinwegtäuschen wie der vage Hinweis, beide Anliegen trügen zur Schonung der natürlichen Grundlagen bei.

Bis November 2013 wird der Bundesrat dem Parlament seine Botschaft zur Initiative vorlegen. Die Bundesversammlung wird dann über deren Gültigkeit zu entscheiden haben. Caritas fordert sie auf, dem Wortlaut der Bundesverfassung Rechnung zu tragen und die Initiative aufgrund der fehlenden «Einheit der Materie» ungültig zu erklären.

Zuwanderungsbegrenzung – der falsche Weg für die Schweiz

Ecopop will, dass die Bevölkerung der Schweiz nicht weiter wächst, um so Natur und Umwelt zu schützen. Deshalb sollen möglichst wenig Menschen einwandern. Das ist der falsche, weil kurzfristige und nicht nachhaltige Weg.

Bevölkerungswachstum und Wanderungssaldo

Die Schweiz ist seit über 100 Jahren ein Einwanderungsland. Ihre Bevölkerung hat sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts von 3,3 Millionen auf heute 8,04 Millionen mehr als verdoppelt. Die Zunahme erreichte ihren Höhepunkt 1961 bis 1963 mit Wachstumsraten von durchschnittlich 2,4 Prozent. Zwischen 1980 und 2007 lag sie bei durchschnittlich 0,8 Prozent. 2012 betrug das Wachstum 1,03 Prozent.

Aktuelle Berechnungen besagen, dass die Bevölkerung der Schweiz bis 2040 auf rund 9,5 Millionen anwachsen und danach stagnieren dürfte. Der Altersquotient (Anteil Rentnerinnen und Rentner im Verhältnis zu den Aktiven) wird von heute 29 Prozent bis 2060 auf rund 56 Prozent ansteigen. Gemäss einer Studie des Bundesamts für Sozialversicherungen hat die «Babyboom-Generation» – die geburtenstarken Jahrgänge von 1942 bis 1973 – massgeblich Anteil an dieser Entwicklung. Ohne Babyboom würde sich die Bevölkerung bis 2040 wahrscheinlich bei gut 9 Millionen einpendeln.

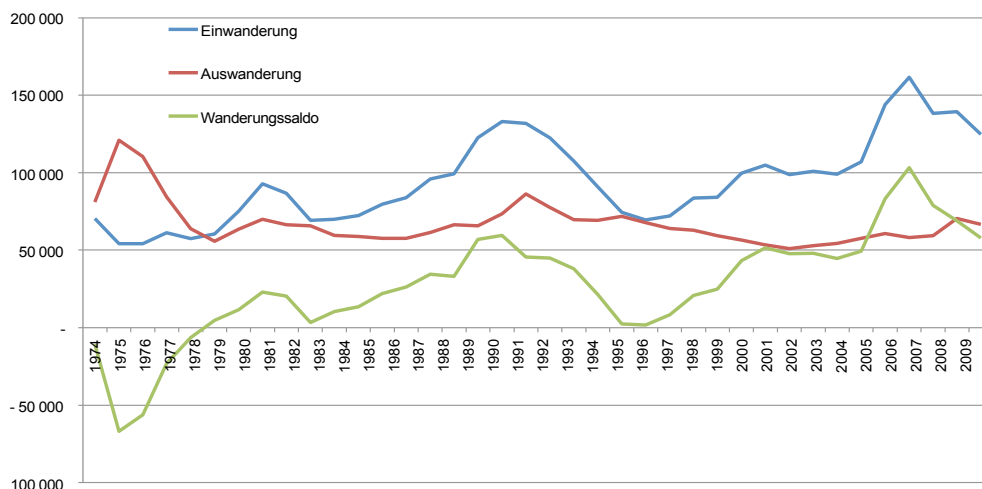
Das Bevölkerungswachstum war und ist eng verknüpft mit der Einwanderung. Der Wanderungssaldo ist seit 15 Jahren immer positiv. Hauptgründe dafür sind die Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitskräften sowie Familienzusammenführungen. Konjunkturelle Schwankungen wirkten sich jeweils direkt auf die Zuwanderung aus, beispielsweise ab 1973 als Folge der Erdölkrise. Den grössten Teil macht die Zuwanderung aus europäischen Ländern aus.

War vor zehn Jahren das Bevölkerungswachstum fast ausschliesslich auf die Zuwanderung zurückzuführen, geht der Anteil des Wanderungssaldos seit einigen Jahren langsam zurück, das inländische Wachstum gewinnt an Bedeutung. Eine Begrenzung der Zuwanderung wird daher das Wachstum nur teilweise bremsen können.

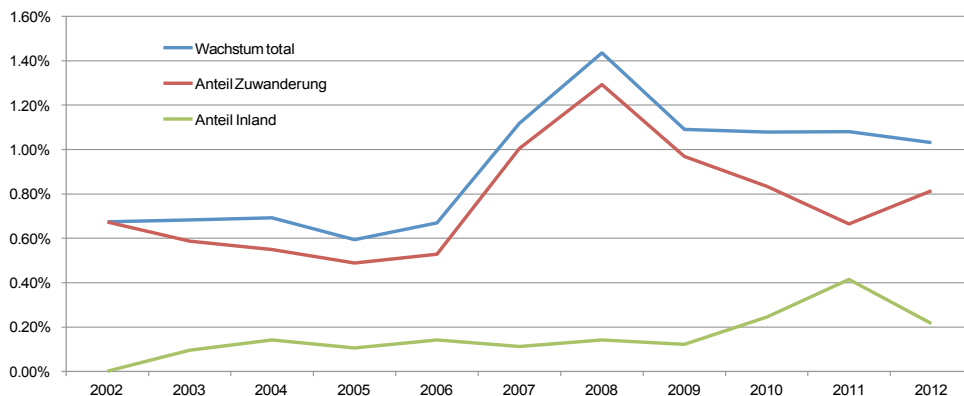
Nachfrage nach Arbeitskräften

Die Volkswirtschaft der Schweiz ist auf ausländische Arbeitskräfte beziehungsweise auf deren Zuwanderung angewiesen und profitiert von ihr. 2012 waren die grössten eingewanderten Berufsgruppen: Gastgewerbe, Hauswirtschaft, Reinigung (18 Prozent), Unternehmer, Kader (17 Prozent), Baugewerbe (13 Prozent), Industrie (10 Prozent), Landwirtschaft (6 Prozent) sowie Gesundheits- und Sozialwesen (5 Prozent). Die Personenfreizügigkeit in Verbindung mit den flankierenden Massnahmen ist für verschiedene Branchen von existenzieller Bedeutung:

Wanderungssaldo der Schweiz 1974–2011



Wachstumsrate Schweiz 2002–2012, Anteile Zuwanderung und Inland



Quelle: Bundesamt für Statistik, eigene Darstellung

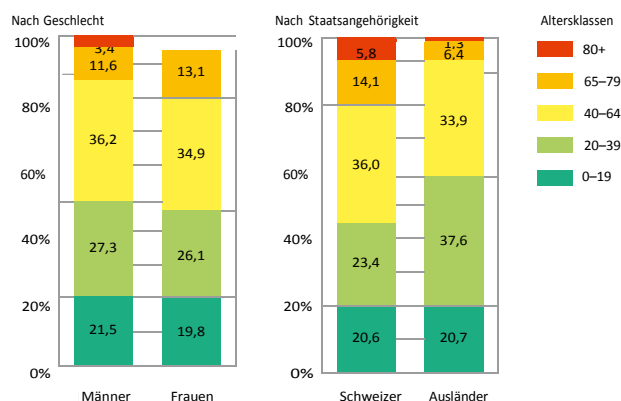
- Im **Gesundheitswesen** arbeiten über 130 000 Migrantinnen und Migranten, was etwa einem Viertel aller beschäftigten Personen entspricht. In den Spitälern liegt der Anteil ausländischer Arbeitnehmender mit 36 Prozent noch deutlich höher.
- Bei der **Forschung und Entwicklung** sind gemäss Eidgenössischer Betriebszählung knapp 20 000 Personen beschäftigt, davon haben 39 Prozent keinen Schweizer Pass. An universitären Hochschulen haben ungefähr 66 Prozent der Beschäftigten einen Migrationshintergrund.
- Im **Gastgewerbe** leisteten Migrantinnen und Migranten in den letzten Jahren konstant über die Hälfte des gesamten Arbeitsvolumens.
- In der **Reinigungsbranche** arbeiten gemäss Eidgenössischer Betriebszählung knapp 102 000 Personen. Davon sind rund 54 Prozent Migrantinnen oder Migranten. Nicht mitgezählt sind hier die Beschäftigten betriebsinterner Reinigungsdienste und privater Haushalte, welche zum grössten Teil Migrantinnen und Migranten sind, sowie Sans-Papiers.
- Im ganzen **Baugewerbe** machen die Migrantinnen und Migranten 36 Prozent aller Beschäftigten aus (etwa 113 500 Personen). Auf den Baustellen sind es knapp zwei Drittel des Personals. Dabei sind die regionalen Unterschiede gross: Im Tessin sind 90 Prozent des Baustellenpersonals ausländischer Herkunft, in der Zentralschweiz hingegen nur rund 40 Prozent.

- Die **Landwirtschaft** ist stark auf saisonale Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen: 2010 arbeiteten dort über 13 000 meldepflichtige (Personen, die weniger als drei Monate in der Schweiz arbeiten). Mit den 4000 Kurzaufenthaltern und 9000 Migrantinnen und Migranten in der Schweiz beträgt der Anteil ausländischer Arbeitskräfte rund 16 Prozent.
- Im **Detailhandel** schliesslich gehört ein erheblicher Teil des Personals zur zweiten oder dritten Ausländergeneration.

Alternde Gesellschaft und soziale Sicherung

Die Schweiz gehört zu den Staaten mit der höchsten Lebenserwartung. Sie beträgt heute über 82 Jahre. Knapp 18 Prozent der Bevölkerung ist im Rentenalter. Gleichzeitig weist die Schweiz seit 35 Jahren mit durchschnittlich 1,5 Kindern pro Frau eine sehr tiefe Fruchtbarkeitsrate auf (2011: 1,52, bei Schweizerinnen 1,42, bei Ausländerinnen 1,84); für eine stabile Bevölkerungszahl müsste sie bei 2,1 liegen. Ohne die Zuwanderung würde die Bevölkerungszahl sukzessive zurückgehen und wäre die Gesellschaft der Schweiz noch älter: Das Durchschnittsalter betrug 2011 in der Schweiz 41,5 Jahre, wobei die ausländische Bevölkerung im Schnitt knapp sieben Jahre jünger war als die einheimische.

Altersverteilung in der Schweiz nach Geschlecht und Nationalität 2011



Quelle: Bundesamt für Statistik, STATPOP

Die Zuwanderung von Arbeitskräften ist ein relevanter Faktor für die Sicherung der Sozialwerke, ein Stopp würde deren Finanzierung in Schieflage bringen: Gemäss einer Simulationsrechnung des Bundesamtes für Sozialversicherungen hätte die AHV 2010 anstelle des realen Überschusses von 640 Millionen ohne Zuwanderung ein Defizit von nahezu 3 Milliarden Franken verzeichnet. Diese Differenz ist stetig gewachsen und beträgt aktuell mehr als ein Mehrwertsteuerprozent. 2009 beispielsweise bezahlten EU / EFTA-Staatsangehörige laut Economiesuisse 21,2 Prozent der AHV-Beiträge, während sie im Gegenzug lediglich 15 Prozent der Gesamtsumme bezogen.

Ökologischer Fussabdruck

Das Konzept von Biokapazität und ökologischem Fussabdruck ermöglicht Aussagen zur Nutzung der natürli-

chen Lebensgrundlagen. *Biokapazität* meint die Fähigkeit eines Ökosystems, den von Menschen produzierten Abfall aufzunehmen, die regenerative Kapazität der Natur also. Sie umfasst Acker- und Grasland, Waldfläche und Fischgründe. *Ökologischer Fussabdruck* steht für die biologisch produktive Land- und Wasserfläche, die notwendig wäre, um den tatsächlichen Konsum durch die Bevölkerung und deren Aktivitäten zu decken und das freigesetzte CO₂ zu absorbieren. Die Differenz beider Werte ist ein Mass für die (Über-)Nutzung der natürlichen Reserven durch den Menschen oder eine Volkswirtschaft: die ökologische Reserve respektive das Defizit. Die Werte werden in Hektar pro Person und Jahr angegeben.

Weltweit fallen die Werte sehr unterschiedlich aus. Die Industrieländer übernutzen durch übermässigen Konsum die natürlichen Reserven besonders stark, Schwellenländer wie China und Indien weisen zwar tiefere, aber ebenfalls kritische Werte auf. Mit ihren heutigen Produktions- und Konsummustern lebt die Welt gesamthaft gesehen auf zu grossem ökologischen Fuss, heute wären 1,5 Erden nötig, um die jährlich verbrauchten Reserven zu regenerieren.

Für die Schweiz ist der Wert noch weit alarmierender: Verbraucht sie 1960 knapp 3,5 Hektar pro Person, liegt der «ökologische Fussabdruck» heute bei 5,0 Hektar; es stehen aber nur 1,2 Hektar zur Verfügung. Das Defizit der Schweiz beträgt mittlerweile 3,8 Hektar. Würde also die Weltbevölkerung so leben wie die Schweiz, es bräuchte vier Erden. Dies macht deutlich, dass die Schweiz riesige Anstrengungen unternehmen muss, um die Nutzung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen auf ein langfristig tragfähiges Niveau zu bringen. Doch es wäre ein Trugschluss zu glauben, dass dies mittels Begrenzung des Bevölkerungswachstums gelingen kann – der Fussabdruck der Schweiz würde sich damit nicht erheblich ändern.

Biokapazität und ökologischer Fussabdruck 2012: Welt, Schweiz, Afrika

	Biokapazität Hektar pro Kopf	Ökologischer Fussabdruck Hektar pro Kopf	Defizit (-) bzw. Reserve (+) Hektar pro Kopf
Welt	1,8	2,7	-0,9
Schweiz	1,2	5,0	-3,8
Afrika	1,5	1,4	+0,1

Quelle: www.footprintnetwork.org, eigene Darstellung

Antwort: Bildung, Ressourcen• effizienz und Raumplanung

Die «natürlichen Lebensgrundlagen» der Schweiz langfristig sicherzustellen, ist ein berechtigtes Anliegen. Doch auch wenn das Bevölkerungswachstum dabei eine gesellschaftliche Herausforderung darstellt: einfach eine numeri-

sche Begrenzung der Zuwanderung festzuschreiben, löst keine Probleme, sondern verschärft sie.

Damit sich die Schweiz in eine wirklich nachhaltige Richtung weiterentwickeln kann, braucht es politische Anstrengungen verschiedenster Art: So müssen die Ressourcen effizienter genutzt und deren Verbrauch eingedämmt werden, in der Produktion und im Dienstleistungssektor, beim Wohnen, im Luxuskonsum und im Alltagsverhalten. Dann braucht es Massnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit und Stärkung der sozialen Sicherung. Schliesslich muss verstärkt in eine bedarfsgerechte berufliche Aus- und Weiterbildung investiert werden, um mittelfristig der Nachfrage nach Fachkräften vermehrt auch innerhalb der Schweiz begegnen zu können. Einige Ansatzpunkte seien genannt:

Nachhaltige Ressourcennutzung fördern

In Ressourceneffizienz investieren: Die Förderung erneuerbarer Energien und Reduktion von fossilen Energieträgern muss einhergehen mit verstärkten Investitionen in Energieeffizienz. Die Notwendigkeit zur grösseren Effizienz gilt für private und staatliche Unternehmen ebenso wie für private Haushalte. Dies verlangt Investitionen. Dort, wo die ärmere Bevölkerung erhebliche Ressourcen verbraucht, tut sie dies aus der Armut heraus. So können sich arme Haushalte keine teuren, energieeffizienten Wohnungen und Geräte leisten. Immobilienbesitzer investieren kaum in die Energieeffizienz und Isolation von billigem Wohnraum. Billige Konsum- und Haushaltsgüter, auf welche arme Haushalte angewiesen sind, sind oft auch jene Güter, deren Herstellung die Umwelt besonders belasten.

Luxuskonsum bremsen: Die Ressourcennutzung ist einseitig verteilt. Die «natürlichen Lebensgrundlagen» werden zu einem grossen Teil vom reichsten Teil der Gesellschaft verbraucht, mittels grossräumigen Immobilien und

energieverschlingendem materiellem Luxus. Jene zehn Prozent der Bevölkerung der Schweiz, welche über 74 Prozent des Vermögens verfügen, schöpfen materiell aus dem Vollen, ihr Ressourcenverbrauch ist an keine Einkommensgrenzen gebunden. Zwei Beispiele: Knapp ein Prozent der Bevölkerung spielt Golf – auf etwa 100 Plätzen an besten Lagen in der Schweiz, welche knapp 50 Quadratkilometer

Kulturland beanspruchen, was der Grösse des Thunersees entspricht. Trotz des grossen Angebots öffentlicher Freizeitanlagen gibt es ungezählte private Schwimmbäder wohlhabender Hausbesitzer, welche Unmengen von Energie und aufbereitetem Wasser verschlingen.

Raumplanung umwelt- und sozialgerecht ausrichten: Einfamilienhaus- und Zweitwohnungsbau haben zu einer starken Zersiedelung geführt. Insbesondere an den Rändern der (klein-)städtischen Agglomerationen wuchern die Einfamilienhaus-Siedlungen ungebremst weiter – auf Kosten der Kulturlandfläche: In den vergangenen Jahrzehnten hat das Siedlungswachstum durchschnittlich jede Sekunde einen Quadratmeter Kulturland verzehrt. Der individuelle Anspruch nach Wohnraum nimmt zu. 1980 beanspruchte eine Person durchschnittlich 34 Quadratmeter Wohnfläche, heute sind es etwa 50 – mit grossen sozialen Unterschieden. Schätzungen zufolge wird die Wohnflächennutzung bis 2030 auf rund 55 Quadratmeter pro Person ansteigen. Hauptgrund ist das gewachsene Wohlstandsniveau, gekoppelt mit individueller Lebensgestaltung. Hinzu kommt die Abnahme der Haushaltsgrössen aufgrund der Alterung der Bevölkerung, veränderter Formen des Zusammenlebens und vermehrter Einpersonenhaushalte. Die Folge davon ist unter anderem ein höherer Energie- und Ressourcenverbrauch pro Kopf. Dank der Annahme des Raumplanungsgesetzes durch das Stimmvolk im März 2013 können Bund, Kantone und Kommunen die Weiterentwicklung einer modernen Raum- und Städteplanungspolitik fördern, welche den verdichteten Wohnungsbau anstrebt, eine gute gesellschaftliche Durchmischung zum Ziel hat und Raum schafft für neue Formen des sozialen Zusammenlebens. Gleichzeitig sind Wege zu suchen, wie der Zunahme des individuellen Raumanpruchs entgegengewirkt werden kann.

1980 beanspruchte eine Person durchschnittlich 34 Quadratmeter Wohnfläche, heute sind es etwa 50.

Personenfreizügigkeit weiterführen

Die Personenfreizügigkeit als Teil der bilateralen Verträge mit der Europäischen Union ist eine Errungenschaft für die Schweiz, an der es festzuhalten gilt. Dank der Zuwanderung von Fachkräften kann sich die Volkswirtschaft der Schweiz auf hohem Niveau halten. Denn die Schweiz leidet in einigen Bereichen an akutem Fachkräftemangel. Ein Viertel der Erwerbstätigen der Schweiz sind Migrantinnen oder Migranten. Da Teilzeitarbeit bei ihnen weniger verbreitet ist als bei schweizerischen Erwerbstätigen, leisten sie bei einem Bevölkerungsanteil von 22 Prozent einen überproportionalen Anteil, nämlich fast ein Drittel des gesamten Arbeitsvolumens. Verschiedene Branchen sind – wie oben ausgeführt – zu einem grossen Teil auf Migrantinnen und Migranten als Arbeitskräfte angewiesen.

Das Potenzial im Inland optimal nutzen

Die Schweizer Volkswirtschaft kann auf Dauer nicht nur auf den Zuzug von im Ausland ausgebildeten Fachkräften setzen. Parallel dazu soll das Potenzial der hiesigen Bevölkerung besser genutzt werden. Verschiedene bildungs- und arbeitspolitische Massnahmen drängen sich dabei aus Sicht von Caritas auf:

Berufsbildungseffort leisten: Die Aus- und Weiterbildung in der Schweiz muss verstärkt bedarfsgerecht gefördert werden. In diese Richtung geht auch die Initiative «Fachkräfte für die Schweiz» des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), die über 40 Massnahmen auflistet, mit denen die Fachkräftesituation in der Schweiz über arbeitsmarktliche und bildungspolitische Massnahmen wirkungsvoll verbessert und Potenziale besser ausgeschöpft werden können: beispielsweise bei erwerbslosen Jugendlichen, nichterwerbstätigen Erwachsenen ohne Berufsbildung durch Nachholbildung, Eltern – insbesondere Frauen – mit Erziehungsaufgaben oder älteren Erwerbstätigen. Ein solcher umfassender Bildungseffort würde mittelfristig dem Anliegen, das Bevölkerungswachstum der Schweiz in vernünftige Bahnen zu lenken, deutlich besser dienen als eine kurzfristige numerische Begrenzung.

Berufliche Rahmenbedingungen für Frauen verbessern: Doch müssen dazu die Rahmenbedingungen verbessert werden. Arbeitgeber sind dringend gefordert, neue Arbeitsmodelle zugunsten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen; dies in Form von bezahlten oder unbezahlten Urlauben, flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeit vermehrt auch für Männer. Dazu muss zudem ausdrücklich Sensibilisierungsarbeit für veränderte Geschlechterrollen beispielsweise bei der Aufteilung der Sorgearbeit geleistet werden. Im Weiteren sind bezahlbare familienexterne Betreuungsangebote deutlich auszubauen.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Berufstätigkeit von Frauen würde den Bedarf an zugewanderten qualifizierten Arbeitskräften schrittweise verkleinern. Heute sind es zu siebzig Prozent Frauen, welche die Betreuung von Familienmitgliedern übernehmen. Wohl wächst die Erwerbsquote der Frauen in der Schweiz (2011: 76,5 Prozent), doch arbeiten nach wie vor beinahe 60 Prozent der Frauen teilzeitlich, um Familienarbeit leisten zu können (der Teilzeitanteil bei Männern beträgt lediglich 13 Prozent). Und sie reduzieren bei Bedarf ihr Arbeitspensum, um Angehörige zu pflegen.

Diplome und Bildungsleistungen von Migrantinnen und Migranten anerkennen: Ein Potenzial für den Arbeitsplatz Schweiz, das nicht ausgeschöpft ist, sind die in der Schweiz lebenden, gut ausgebildeten Migrantinnen und Migranten, die keinen ihrer Ausbildung entsprechenden Beruf ausüben können, weil ihre Bildungsleistungen oder Abschlüsse in der Schweiz nicht anerkannt werden. Eine Studie von Travail Suisse schätzt dieses Potenzial gegenwärtig auf 50 000 Personen. Diese wertvollen, nicht voll anerkannten Arbeitskräfte könnten durch eine ihnen gemässe Berufsausübung ihre Situation entscheidend verbessern und einen wichtigen Beitrag zur Volkswirtschaft leisten.

Familienplanung – der falsche Weg für Entwicklungsländer

Um die natürlichen Lebensgrundlagen in den ärmsten Ländern sicherzustellen, will Ecopop mindestens zehn Prozent der Schweizer Entwicklungsgelder (über 200 Millionen Franken jährlich) für freiwillige Familienplanung einsetzen. Statt die Ursachen des Bevölkerungswachstums anzupacken, setzt Ecopop auf Symptombehandlung und bedient dabei das Vorurteil einer «Bevölkerungsexplosion» in Afrika. Das ist eine verengte Sicht der Dinge. Bestehende, langfristig angelegte Entwicklungsbemühungen würden so untergraben.

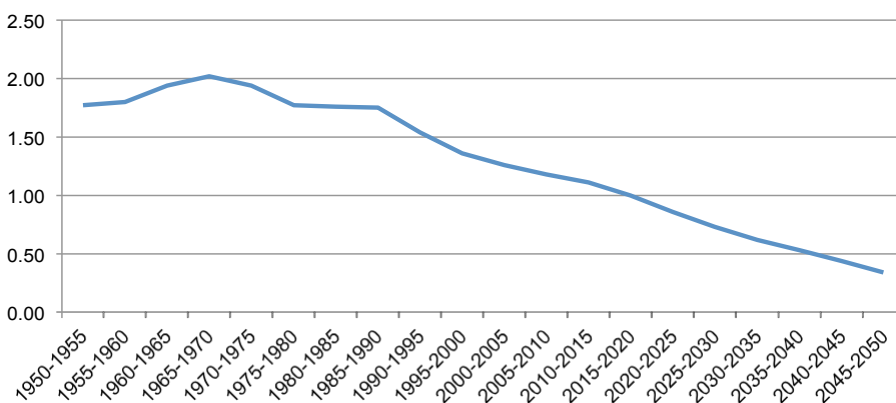
Die Stärkung der «sexuellen und reproduktiven Rechte» der Frauen, wie sie in der Charta der *International Planned Parenthood Federation* von 1997 festgeschrieben sind, kann insbesondere in afrikanischen Ländern mit hohen Fruchtbarkeitsraten wichtige Entwicklungsimpulse auslösen. Dazu gehört auch die freiwillige Familienplanung. Sie wird daher von Entwicklungsakteuren bei Bedarf als ergänzende Massnahme im Rahmen von Basisgesundheitsprogrammen gefördert. Innerhalb des UNO-Systems befasst sich der UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) mit Bevölkerungsfragen. Zu seinen Tätigkeitsbereichen gehören der allgemeine Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit, einschliesslich Familienplanung, und die Stabilisierung der Bevölkerung. Letztes Jahr stellte der UNFPA seinen Weltbevölkerungsbericht 2012 unter das Motto «Das Recht auf Entscheidung. Familienplanung, Menschenrechte und Entwicklung». Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) leistet seit Jahren finanzielle Beiträge an den UNFPA, für 2012 und 2013 belaufen sich diese auf knapp 29 Millionen Franken.

Weltweite demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung ist eine globale Herausforderung. Die Weltbevölkerung umfasst heute 7,2 Milliarden Menschen und wächst weiter um jährlich gut 80 Millionen. Dieser Zuwachs findet fast ausschliesslich in wenig entwickelten Ländern statt. Das bei der UNO zuständige *Department of Economic and Social Affairs* (DESA) rechnet in seiner Prognose von Juni 2013 mit einer Zunahme auf 8,1 Milliarden Menschen bis 2025 bzw. 9,6 Milliarden bis 2050. Während die Industrieländer unverändert bei 1,3 Milliarden verharren (wobei Europa um 14 Prozent zurückgehen wird), wird sich die Bevölkerung der 49 «am wenigsten entwickelten Länder» (LDC) bis 2050 auf 1,8 Milliarden verdoppeln. Einschränkend muss gesagt werden, dass solche Prognosen mit grosser Vorsicht aufzunehmen sind und regelmässig – meist nach unten – korrigiert werden müssen.

Seit 1970 sinkt die globale durchschnittliche Wachstumsrate kontinuierlich, von damals 2 auf aktuell 1,1 Prozent. Gemäss mittlerem Szenario wird sie 2050 bei 0,34 Prozent liegen. Ausgenommen das subsaharische Afrika ist das Bevölkerungswachstum für Entwicklungsprozesse eher von sekundärer Bedeutung. Das mindert aber nicht die Relevanz von demografischen Entwicklungen, beispielsweise von regionalen Wanderungs- und Alterungsprozessen. Die Land-Stadt-Migration der jungen Generationen hat bei der zurückbleibenden ländlichen Gesellschaft tiefgreifende Folgen: Überalterung, wirtschaftlicher Zerfall, ökologische Schäden, familiäre Desintegration und soziale Unsicherheit.

Globale Wachstumsraten ab 1950 in Prozent



Quelle: UN/DESA, eigene Darstellung

Aussagekräftig für die demografische Entwicklung ist das globale Durchschnittsalter. Dieses lag 1950 bei 24 Jahren, beträgt heute dank verbesserter Gesundheitsinfrastruktur und Armutsrückgang knapp 30 Jahre und wird gemäss Hochrechnungen bis 2050 auf 38 Jahre ansteigen. Dadurch wächst die Bevölkerung auch bei tiefen Fruchtbarkeitsraten.

Faktoren des Bevölkerungswachstums

Beim Bevölkerungswachstum sind verschiedene Faktoren massgeblich. Dabei geht es keinesfalls nur um die Fruchtbarkeitsrate, wie Ecopop suggeriert, wenn sie auf populistische Art die freiwillige Familienplanung als Wundermittel gegen die «Überbevölkerung» anpreist. Entscheidend sind vier Faktoren:

- **Lebenserwartung:** Diese steigt dank verbesserter Gesundheitsversorgung und Ernährungssicherheit auch in armen Regionen kontinuierlich an. Sie liegt aber in Entwicklungsländern mit knapp 66 Jahren um mehr als 10 Jahre tiefer als in Industrieländern (79 Jahre). In Afrika beträgt sie etwa 58 Jahre, in Westafrika nur 54 Jahre.
- **Säuglingssterblichkeit:** Diese ist seit 50 Jahren überall gesunken: in Industrieländern auf 5, in Entwicklungsländern auf 54 von 1000 Geburten, dort vor allem dank der Bekämpfung epidemischer Krankheiten (Malaria, Cholera, Pocken). In den 49 «am wenigsten entwickelten Ländern» (LDC) sterben 90, in Afrika 82 von 1000 Säuglingen.

- **Fruchtbarkeitsrate:** Die durchschnittliche Anzahl Kinder pro Frau ist in den Industrieländern mit 1,59 mittlerweile so tief, dass ihre Gesellschaften zu schrumpfen drohen, während sie in den Entwicklungsländern moderate 3,0 beträgt. In Afrika liegt sie bei 4,7, enger gefasst in der subsaharischen Region bei 5,1, wobei fünf afrikanische Staaten eine Rate von über 6,0 aufweisen.

- **Junge Bevölkerung:** Die Bevölkerung in Entwicklungsländern ist aufgrund hoher Geburtenraten im Schnitt sehr jung, das heisst die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter ist hoch und wird künftig noch steigen.

Die Faktoren sind unterschiedlich zu gewichten: Dank der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) konnten die Säuglings- und Müttersterblichkeit schrittweise gesenkt und die Gesundheitsversorgung verbessert werden, was eine erhöhte Lebenserwartung zur Folge hat (MDGs 4 und 5). Die MDGs tragen somit direkt zum Bevölkerungswachstum bei. Vielerorts wurde dieser Wachstumseffekt in den vergangenen Jahren durch das gleichzeitige Sinken der Fruchtbarkeitsrate gebremst. Der Anteil der jungen Bevölkerung schliesslich wächst vorübergehend, bis höhere Lebenserwartung und tiefere Fruchtbarkeitsraten die Alterspyramide verändern.

Herausforderung Afrika

Wenn Ecopop die «Überbevölkerung» stoppen will, zielt sie auf das Bevölkerungswachstum in Afrika. Heute weisen die afrikanischen Länder südlich der Sahara mit durch-

Faktoren des Bevölkerungswachstums nach Ländergruppen

	Industrieländer	Entwicklungs-länder	Afrika	Am wenigsten entwickelte Länder (LDC)
Lebenserwartung bei Geburt	79	66	58	55
Fruchtbarkeitsrate*	1,6	3,0	4,7	5,0
Säuglingssterblichkeit (< 1 Jahr)**	5	54	82	90
Kindersterblichkeit (< 5 Jahre)**	6	79	119	142
Müttersterblichkeit***	9	450	920	870

* Anzahl Kinder pro Frau ** Todesfälle pro 1000 Geburten *** Todesfälle pro 100 000 Lebendgeburten

Quellen: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, UNICEF, eigene Darstellung

schnittlich 2,53 Prozent tatsächlich eine übermässige Wachstumsrate auf, wobei dieser Wert aber seit 1975 kontinuierlich sinkt. Die Fruchtbarkeitsrate liegt bei 5,1: durchschnittlich empfängt eine Frau im subsaharischen Afrika in ihrem Leben fünf Kinder, am meisten in Westafrika (5,4). Die junge Bevölkerungsstruktur Afrikas sowie Erfolge bei der Gesundheitsversorgung verstärken das Wachstum zusätzlich. Obwohl das Bevölkerungswachstum auch in Afrika zurückgeht, wird sich seine Einwohnerzahl von aktuell 1,07 Milliarden bis 2050 gemäss Prognosen auf etwa 2,3 Milliarden verdoppeln.

Dennoch kann, auch unter Berücksichtigung der klimatischen und geografischen Bedingungen, von Überbevölkerung nicht gesprochen werden. Denn die Bevölkerungsdichte Afrikas liegt durchschnittlich bei gerade einmal 28 Personen pro Quadratkilometer, deutlich tiefer als der weltweite Durchschnitt (53 Personen). Im subsaharischen Afrika erreicht sie durchschnittlich 36 Personen pro Quadratkilometer. Die Bevölkerung konzentriert sich weltweit auf ein paar kleine Ballungszentren (mit eher tiefen Fruchtbarkeitsraten) und die Kontinente sind im ländlichen Raum weitgehend menschenleer. Dies gilt auch für den grössten Teil Afrikas.

Der neueste DESA-Bericht von Juni 2013 zeigt auf, wie sich die Fruchtbarkeitsrate in jedem Land seit 1975 entwickelt hat. Dabei wird deutlich, dass in vielen Ländern mit hoher Rate dieser Wert seither deutlich gesunken ist. Die ärmsten Länder weisen aber vielfach weiterhin hohe Fruchtbarkeitsraten auf. Bei 16 afrikanischen Staaten liegt die Rate in der Periode 2010–2015 über fünf. Fünf Länder haben gar einen Wert von über sechs Kindern pro Frau: Niger, Mali, Somalia, Tschad und Burundi. Diese sind aber bevölkerungsmässig mit acht bis 16 Millionen Menschen klein und deren Bevölkerungsdichte ist zudem mit Ausnahme von Burundi (298) sehr tief. Sie liegt zwischen neun und 16 Personen pro Quadratkilometer.

Für das Bevölkerungswachstum Afrikas wird mittelfristig die junge Bevölkerungsstruktur, in Verbindung mit dem Ansteigen der Lebenserwartung dank Erfolgen bei Gesundheitsversorgung und Bildung, viel stärker ins Gewicht fallen

als die Fruchtbarkeitsrate, welche gemäss den neuesten Zahlen des DESA in den kommenden Jahrzehnten drastisch zurückgehen wird. Heute sind über 40 Prozent der Bevölkerung Afrikas unter 15 Jahre und nur 3 Prozent über 65 Jahre alt (zum Vergleich: weltweit sind 27 Prozent unter 15 Jahre und 7 Prozent über 65 Jahre).

Risiken des raschen Bevölkerungswachstums

Auch wenn in den meisten subsaharischen Ländern die Bevölkerungsdichte sehr tief ist, bestehen doch erhebliche Probleme, denn das rasche Bevölkerungswachstum beeinträchtigt die Entwicklungsperspektiven dieser Länder, welche fast alle zu den «am wenigsten entwickelten Ländern» (*Least Developed Countries*, LDC) gehören: LDC sind gekennzeichnet durch ein tiefes Durchschnittseinkommen (weniger als 700 US-Dollar pro Kopf und Jahr), durch schwache menschliche Ressourcen, gemessen an Ernährung, Gesundheit, Bildung und Alphabetisierungsrate, sowie durch wirtschaftliche Verletzbarkeit.

Das rasche Bevölkerungswachstum birgt verschiedene Risiken, insbesondere mangelnde Ernährungssicherheit, Druck auf die Gesundheits- und Bildungssysteme, Überlastung der Infrastruktur und Ressourcenknappheit. Daraus ergibt sich auch ein erhebliches Konfliktpotenzial. Gleichzeitig ist das Bevölkerungswachstum wiederum Folge dieser Defizite: Fehlende soziale Infrastrukturen und wirtschaftliche Perspektiven bringen arme Familien dazu, ihre Hoffnungen für die Zukunft in eine grosse Anzahl Kinder zu setzen. Verstärkt wird dies durch traditionelle Wertvorstellungen und fehlende Aufklärung über die sexuellen und reproduktiven Rechte der Frauen.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat 103 heutige und ehemalige Entwicklungsländer untersucht. Es kommt zum Schluss, dass kein einziges Land sich sozioökonomisch entwickelt hat, ohne dass parallel dazu die Geburtenrate zurückgegangen ist. Das bedeutet: Entwicklungsstand und Bevölkerungsstruktur eines Landes hängen eng zusammen.

Die Bevölkerungsdichte Afrikas beträgt durchschnittlich gerade einmal 28 Personen pro Quadratkilometer.

Antwort: Bildung, Gesundheit und Beschäftigung vor Familienplanung

Hohe Fruchtbarkeitsraten tragen zu einem starken Bevölkerungswachstum bei, was für die nachhaltige Entwicklung zum Hemmschuh werden kann. Doch ist es völlig verfehlt anzunehmen, dass freiwillige Familienplanung diesem

Wachstum tiefgreifend entgegenwirken kann. Sie ist vielmehr ein ergänzender Baustein einer umfassenden Strategie zur Senkung des Bevölkerungswachstums in armen Ländern.

Um dies zu erreichen, muss in erster Linie die gesellschaftliche Stellung der Frauen in Richtung Mitsprache und Eigeninitiative gestärkt werden. Dazu braucht es insbesondere Anstrengungen im Gesundheits- und Bildungssektor, bei der Beschäftigung und bei der sozialen Sicherheit. Sie sind die Hebel zur Überwindung von Armut und gesellschaftlicher Benachteiligung und schaffen die strukturellen Voraussetzungen für eine sozial gerechte und umweltverträgliche, nachhaltige Entwicklung. Dann gehen auch die Kinderzahlen dem Wunsch der Menschen entsprechend deutlich zurück.

Die Stellung der Frauen stärken

Starkes Bevölkerungswachstum und hohe Fruchtbarkeitsraten sind keineswegs einfach Resultat des Wunsches nach grossen Familien. Vielmehr fehlt es an wichtigen Voraussetzungen, dass Frauen und Paare die Anzahl Kinder selbst bestimmen können. Die wichtigste Voraussetzung für dieses selbstbestimmte Handeln und damit für eine Senkung der Geburtenraten in jenen afrikanischen Ländern, welche besonders hohe Fruchtbarkeitsraten aufweisen, ist aus Sicht der Caritas die Stärkung der Stellung der Frauen. Sie müssen mehr Mitsprache in der Gesellschaft ebenso wie in der Familie erhalten und gleichzeitig realistische Alternativen zur reinen Mutterrolle kennen.

Erste Voraussetzung für die Überwindung traditioneller Rollenbilder ist dabei die Schulbildung von Frauen und Mädchen (siehe unten). Daneben müssen Frauen die Möglichkeit haben, mittels Veränderung des traditionellen Alltags

neue Lebensperspektiven zu entfalten, welche die Fixierung auf eine grosse Anzahl eigener Kinder in den Hintergrund drängen. Zu denken ist an bessere Verdienstmöglichkeiten ebenso

wie an eigene ökonomische Aktivitäten, an Migration vom Land in die Stadt oder an die Vermittlung neuer Familienbilder.

Die wichtigste Voraussetzung für die Senkung der Geburtenraten in Afrika ist die Stärkung der Stellung der Frauen.

Den Gesundheitssektor ausbauen

Der Zusammenhang zwischen ungenügender Gesundheitsversorgung, sozialem Ausschluss, grosser Kindersterblichkeit und hohen Fruchtbarkeitsraten ist unbestritten. Ein Rückgang der Kindersterblichkeit hat tiefere Fruchtbarkeitsraten zur Folge. Denn bei hoher Kindersterblichkeit sichert eine grosse Kinderzahl den Nachwuchs, umgekehrt führt eine höhere Überlebenschance der Kinder zur Bereitschaft, weniger Kinder zu bekommen. Statistiken zeigen, dass Länder mit hohen Fruchtbarkeitsraten auch hohe Kindersterblichkeitsraten aufweisen.

Für Caritas ist es daher unabdingbar, dass betroffene Regierungen mit Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit in die Gesundheitsversorgung investieren müssen. Dazu sind verschiedene Massnahmen zu zählen, insbesondere der Auf- und Ausbau der medizinischen Grundversorgung für alle Menschen, die Befähigung des Gesundheitspersonals zur kompetenten Beratung und Behandlung mittels Weiterbildung, die Prävention von Krankheiten mit einfachen Mitteln, die Durchführung von Impfkampagnen für Kinder und die Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Ergänzend braucht es in vielen Ländern verstärkte Familienberatung und -planung, wozu der ungehinderte Zugang zu Sexualaufklärung, zu Gesundheits- und Beratungsangeboten und zu Verhütungsmitteln für Mädchen und Frauen gehört. Mittels Informationskampagnen sollen das Wissen über Gesundheitsthemen verstärkt und gleichzeitig kulturell bedingte Vorurteile und Tabuisierungen überwunden werden.

In Bildung investieren

Bildung ist der zentrale Hebel für Entwicklung. Weltweit sind Mortalität und Fruchtbarkeit mit einer Steigerung des Bildungsstandes gesunken, wobei sich die stärksten Effekte bei einer Ausweitung der Sekundarbildung für Frauen beobachten lassen. Denn der Besuch einer weiterführenden Schule führt dazu, dass Frauen später Kinder bekommen und Familienplanung aktiver betreiben. Zudem wachsen so die gesellschaftlichen Kapazitäten, die nachhaltige Entwicklung des Landes auf verschiedenen Ebenen voranzutreiben. Dabei geht es um Schulbildung ebenso wie um angepasste berufliche Bildung.

Besonders wichtig ist es folglich – auch im Interesse einer vernünftigen demografischen Entwicklung –, Chancengleichheit für Mädchen in der Schul- und Berufsbildung herzustellen, den Zugang zur Sekundarbildung zu erleichtern sowie die berufliche Bildung bedarfsgerecht auszurichten und als Scharnier zwischen Schule und Arbeitswelt zu etablieren. Indem erwachsene Frauen Zugang zu Mikrokrediten zu günstigen Konditionen erhalten, können sie ihre Bildung verbessern und damit ihre gesellschaftliche Position stärken, was wiederum das lokale Unternehmertum fördern kann.

Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen

Die gesellschaftlichen Kapazitäten, die sich durch Bildung und geringere Kinderzahlen deutlich verbessern, müssen auch volkswirtschaftlich nutzbar gemacht werden. Dafür braucht es Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere auch in ländlichen Gebieten, wo traditionelle Verhaltensmuster noch stark vorherrschen und die Kinderzahlen besonders hoch sind.

Im Interesse einer möglichst breiten und tiefgreifenden Wirkung muss bei der Schaffung von Arbeitsplätzen darauf geachtet werden, dass es sich um produktive Beschäftigungsmöglichkeiten für Männer und Frauen handelt, dass zunächst vor allem in Branchen mit einem hohen Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften und nicht in kapitalintensive Exportindustrien investiert wird und dass erst in einem späteren Schritt, wenn Bildungsstand und Beschäftigungsgrad insgesamt gestiegen sind, Arbeitsstellen in wissensintensiven Bereichen mit grösserer Wertschöpfung geschaffen werden sollen.

Soziale Sicherheit aufbauen

Wenn der formale Beschäftigungssektor wächst, ist es angebracht, soziale Sicherungssysteme aufzubauen. Dadurch sinken zum einen die Geburtenraten weiter, weil etwa Kinder als Alterssicherung weniger wichtig werden, zum anderen ist dies ein erster Schritt, um sich auf die langfristige Alterung der Bevölkerung vorzubereiten.

Autor/Autorin: Geert van Dok, Fachstelle Entwicklungspolitik,
gvandok@caritas.ch, Telefon 041 419 23 95
Marianne Hochuli, Leiterin Bereich Grundlagen,
mhochuli@caritas.ch, Telefon 041 419 23 20

Dieses Positionspapier steht unter
www.caritas.ch/positionspapiere zum Download bereit

Wir helfen Menschen.

Löwenstrasse 3
Postfach
16 CH-6002 Luzern

Telefon: +41 41 419 22 22
Telefax: +41 41 419 24 24
E-Mail: info@caritas.ch

Internet: www.caritas.ch
Postkonto: 60-7000-4
IBAN: CH69 0900 0000 6000 7000 4

Qualitätsmanagementsystem
ISO 9001, Reg.-Nr. 14075
NPO-Label, Reg.-Nr. 22116



Absurd und schädlich.

ECOPOP! NEIN!

www.ecopopnein.ch

Im Ausland Verhütung predigen und die Schweiz blockieren.

Am 30. November stimmt die Schweiz über die Initiative «Stopp der Überbevölkerung» des Vereins Ecopop ab. Die Initianten wollen die Zuwanderung mit einer sehr tiefen, absolut starren Quote einschränken. Und sie verlangen, dass die Schweiz 200 Millionen Franken pro Jahr dafür einsetzt, dass Familien in ärmeren Ländern weniger Kinder bekommen. Damit gefährdet die Initiative nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz und unseren Wohlstand. Sie ist auch anmassend gegenüber den Entwicklungsländern und verschwendet Geld, das viel wirksamer eingesetzt werden könnte.

Komitee «Ecopop NEIN», Postfach 6136, 3001 Bern, info@ecopopnein.ch

Was fordert ecopop?

Die Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» des Vereins Ecopop verfolgt zwei Ziele. Einerseits will sie in der Schweiz eine starre Zuwanderungsquote einführen: Die ständige Wohnbevölkerung dürfte aufgrund der Zuwanderung noch um maximal 0,2 Prozent pro Jahr wachsen. Nach heutigem Stand wären das rund 16'000 Personen. Mitgezählt würden auch zurückkehrende Auslandsschweizer/innen, angeheiratete Ausländer/innen, deren Kinder und Asylsuchende. Internationale Verträge, die dem Initiativtext

widersprechen, sollen innerhalb von vier Jahren neu ausgehandelt oder gekündigt werden. Das zweite Ziel ist der Umbau der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit: 10 Prozent des Gesamtbudgets sollen zwingend für Massnahmen der freiwilligen Familienplanung eingesetzt werden, um die Geburtenrate weltweit zu senken. Konkret müsste die Schweiz jedes Jahr über 200 Millionen Franken für das Verteilen von Verhütungsmitteln und Aufklärungskurse bereitstellen.



Christian Wasserfallen,
Nationalrat FDP, Bern

« Die Initiative engt unsere KMU und die Industrie massiv ein. Nein zu ecopop. »



Verena Diener,
Ständerätin glp, Zürich

« Ich lehne die ecopop-Initiative ab, weil sie kein Umweltproblem löst, dafür die Schweiz aussenpolitisch zusätzlich isoliert. »

NeIN zu einer extrem starren und schädlichen Initiative.

Eine fixe Einwanderungsquote blockiert die Schweiz und nimmt ihr jede Möglichkeit, auf aussergewöhnliche Situationen zu reagieren. Bereits heute fehlen in vielen Branchen gut ausgebildete Fachkräfte. Mit der Initiative würde sich dieses Problem deutlich verschärfen. Ecopop setzt damit die Schweizer Sozialwerke und unseren Wohlstand aufs Spiel.

Rund 8 Millionen Einwohner hat die Schweiz heute, und ihre Geburtenrate ist sehr tief. Solange wir immer älter werden, schrumpft die Bevölkerung zwar noch nicht – aber der Anteil der Menschen über 65 wird Jahr für Jahr grösser. Das hat zur Folge, dass jedes Jahr mehr Menschen pensioniert werden als neue in die Arbeitswelt einsteigen. Schon heute haben viele Unternehmen, aber auch Spitäler und Schulen grosse Mühe, genügend ausgebildete Arbeitskräfte zu finden. Diese Lücken werden noch deutlich grösser, wenn in wenigen Jahren die sogenannte «Babyboomer»-Generation ins Pensionsalter kommt. Denn heute leben in der Schweiz rund 50'000 mehr 50-jährige als 10-jährige Menschen. Ecopop beschleunigt diese problematische Entwicklung und sorgt für eine Vergrößerung der Schweiz. Wenn der jährliche Wanderungssaldo auf rund

16'000 Menschen begrenzt wird, gerät das Gleichgewicht von Jung und Alt rasch aus der Balance. Heute profitiert die Schweiz stark von der Einwanderung von jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften. Die Initiative ist deshalb in keiner Weise wirtschaftsverträglich. Auch das Gewerbe und alle namhaften Parteien inklusive der SVP haben sich deutlich dagegen ausgesprochen. Ecopop gefährdet aber auch die Finanzierung unserer Sozialwerke. Gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen würde die AHV ohne Zuwanderung bereits seit 1992 durchgehend rote Zahlen schreiben. Unsere Altersvorsorge steht so oder so vor riesigen Herausforderungen. Nach einem Ja zur Initiative müssten Reformen aber viel einschneidender ausfallen und unter grossem Zeitdruck erfolgen.



190 : 3
Mit diesem Stimmenverhältnis hat der Nationalrat die Ecopop-Initiative zur Ablehnung empfohlen. Auch der Ständerat sagte mit 44 : 1 Stimmen klar NEIN.

NeIN zu untauglichen Rezepten.

Die Ecopop-Initiative gibt vor, die natürlichen Ressourcen zu schützen. Doch verschlossene Grenzen sind kein brauchbares Mittel für weniger Energieverbrauch oder einen besseren Klimaschutz. Im Gegenteil: Die Schweiz macht sich damit so unattraktiv, dass Fortschritt und Innovationen, die auch der Umwelt zugute kommen, gestoppt werden.

Die Initianten betonen immer wieder, dass sie sowohl die Natur als auch den Wohlstand der Schweiz bewahren wollen. Ihr Rezept: Die Grenzen für Zuwanderer weitgehend schliessen, um unsere Ressourcen zu schonen, und gleichzeitig dafür sorgen, dass in anderen Ländern weniger Kinder zur Welt kommen. Denn aus Sicht von Ecopop ist die Erde dem Untergang geweiht, wenn immer mehr Menschen den hohen Schweizer Lebensstandard erreichen wollen. Eine solche Politik ist nicht nur unethisch, sondern auch kurzfristig. Wenn sich die Schweiz so stark isoliert, wird sie als

Wirtschaftsstandort unattraktiv – nicht nur für neue Investoren, sondern auch für bereits hier angesiedelte Unternehmen. Wer nicht genügend Fachkräfte findet, der kann sich nicht entwickeln und fällt im internationalen Wettbewerb immer weiter zurück. Für die Schweiz, die seit Jahren als eines der innovativsten Länder der Welt gilt, ist diese Entwicklung besonders verheerend. Ideen für neue, bessere Produkte und Investitionen in moderne Anlagen kommen sehr oft direkt der Umwelt zugute. Beides wird mit der Initiative abgewürgt oder ins Ausland verschoben. Ecopop bietet aber auch kein taugliches Rezept gegen die «Zubetonierung» der Schweiz. In diesem Thema haben die Schweizerinnen und Schweizer die Weichen bereits gestellt: Mit dem neuen Raumplanungsgesetz, das die Kantone derzeit umsetzen, werden unnötige Einzonungen verhindert.

Keine Chance für die Bilateralen Verträge.

Nach dem Ja der Schweiz zur Masseneinwanderungsinitiative muss der Bundesrat mit der EU über eine Anpassung des Personenfreizügigkeitsabkommens verhandeln. Er verfügt dabei über einen gewissen Spielraum, weil jene Initiative vergleichsweise offen formuliert war und explizit verlangt hat, dass sie wirtschaftsverträglich umgesetzt werden soll. Anders die radikale Ecopop: Diese Initiative ist derart starr,

dass es nichts mehr zu verhandeln gibt. Nach spätestens vier Jahren muss die Schweiz das Abkommen kündigen und verliert damit automatisch auch die anderen Bilateralen Verträge und ihren guten Zugang zum europäischen Absatzmarkt. Rund 60 Prozent aller Schweizer Exporte gehen heute nach Europa. Diese Erfolgsgeschichte setzt Ecopop fahrlässig aufs Spiel, indem sie die Tür zu Europa endgültig zuschlagen will.

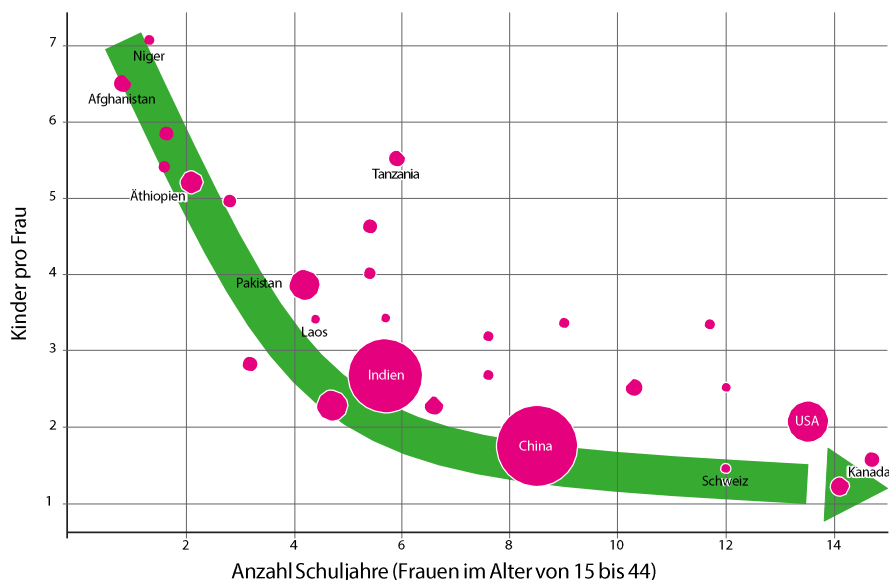
Warum ecopop der Umwelt mehr schadet als nützt.

Ecopop ist keine umweltfreundliche Initiative. Für die Umweltbelastung – insbesondere für den Klimaschutz – macht es keinerlei Unterschied, ob jemand in Deutschland, Dänemark oder der Schweiz wohnt. Die Schweiz zu isolieren, ist weder ein brauchbares Rezept zur Rettung des Planeten noch der Natur im Inland. Im Gegenteil: Weil die Ecopop-Initiative die Wohnbevölkerung begrenzen will, muss damit gerechnet werden, dass viele Unternehmen auf der Suche nach Arbeitskräften auf Grenzgänger ausweichen. Diese haben im Durchschnitt deutlich längere Arbeitswege und sorgen somit für mehr Verkehr und eine höhere Umweltbelastung.

Je länger zur Schule, desto weniger Kinder.

Der weltweite Vergleich zeigt es überdeutlich: Je länger in einem Land junge Frauen durchschnittlich zur Schule gehen, desto tiefer ist die Geburtenrate. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit investiert heute in viele Bildungsprojekte in ärmeren Ländern. Ecopop hingegen verlangt eine unsinnige Neuausrichtung auf Verhütungsmittel.

(Quelle: Gapminder 2009)



NeIN zu einer anmassenden entwicklungspolitik.

Mit jährlich mehr als 200 Millionen Franken für Kondome und Aufklärungskurse soll die Schweiz dafür sorgen, dass Frauen in Entwicklungsländern weniger Kinder bekommen. Das ist absurd. Alle Erfahrungen und Daten zeigen, dass Investitionen in Gesundheit und Bildung entwicklungspolitisch sinnvoller sind. Aber diesen Projekten würde die Initiative viel Geld entziehen.

Die Weltbevölkerung wächst weiterhin – allerdings längst nicht mehr so stark wie noch in den 1970er-Jahren. Gemäss UNO wird sie sich in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts stabilisieren. Die Erfahrungen aus der Entwicklungszusammenarbeit machen deutlich, dass die Kinderzahlen überall dort rasch sinken, wo die Menschen eine wirtschaftliche Perspektive, eine bessere Ausbildung und soziale Sicherheit haben.

Ganz besonders gilt dies für junge Frauen: Weltweit zeigt sich, dass die Geburtenrate mit jedem zusätzlichen Schuljahr markant abnimmt. Sinnvolle und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit setzt deshalb genau hier einen Schwerpunkt. Verhütungsmittel sind heute weit verbreitet und auch in Ländern wie Indien an jeder Ecke erhältlich. Der Verzicht auf Empfängnisverhütung hat oft mit kulturellen

Zwängen, hoher Kindersterblichkeit und Armut zu tun. Kinder sind in vielen Ländern die einzige Altersvorsorge. Deshalb setzt Ecopop am falschen Punkt an und verpulvert unnötig Millionen: Wichtigen, langjährigen Projekten zum Aufbau von Schulen, Spitälern oder Trinkwasserversorgungen wird das Geld entzogen, um stattdessen Kondome zu verteilen.

Eine solche Entwicklungspolitik, die auf veralteten Rezepten basiert, ist nicht nur kurzsichtig, sondern auch anmassend. Wir würden umgekehrt auch nicht akzeptieren, wenn ein afrikanisches Land in seiner Verfassung festschreiben würde, wie sich die Kinderzahl in der Schweiz entwickeln soll.

Fazit: eine unverdauliche Mischung.

Die Ecopop-Initiative will die Zuwanderung in die Schweiz radikal bremsen und Geburten in Entwicklungsländern unterbinden. Das schadet unserem Wohlstand und bringt der Umwelt und den Menschen in Afrika und Asien rein gar nichts. Deshalb am 30. November: NEIN zu Ecopop!

NEIN zur Ecopop-Initiative sagen: Bundesrat, Ständerat, Nationalrat, Kantonsregierungen, Städteverband, FDP, glp, BDP, CVP, EVP, Grüne, SP, SVP, economiesuisse, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Schweizerischer Gewerbeverband, Swissem, Gastrosuisse, hotellerie-suisse, Schweizerischer Baumeisterverband, Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Unia, Travail Suisse, Solidar Suisse, vpod, Gesellschaft für eine offene und moderne Schweiz (GomS), Greenpeace, Alliance Sud, Helvetas, Caritas, Swissaid, HEKS, Erklärung von Bern, Fastenopfer, Brot für alle, swisscleantech, Nebs, Second@s Plus und viele mehr.

www.ecopopnein.ch



Ecopop ist unmenschlich und gefährlich

- **Weil Ecopop MigrantInnen zu Menschen zweiter Klasse macht.** Die Geschichte zeigt: Braucht die Wirtschaft Arbeitskräfte, holt sie diese. Das gilt auch, wenn Ecopop angenommen würde. Arbeitgeber würden einfach mehr KurzaufenthalterInnen holen, die rechtlich schlechter gestellt sind als DaueraufenthalterInnen heute. Das ist unmenschlich. Denn Menschen mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung müssen in ständiger Angst leben, beim Verlust der Arbeitsstelle auch das Aufenthaltsrecht zu verlieren. Familien würden auseinander gerissen, weil Ehepartnern und Kindern das Aufenthaltsrecht ganz verweigert werden könnte.
- **Weil Ecopop schlechtere Löhne bringt und Arbeitsplätze gefährdet.** KurzaufenthalterInnen und GrenzgängerInnen lassen sich leicht unter Druck setzen, so dass sie tiefere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptieren. Früher oder später kommen damit auch die Arbeitsbedingungen von allen unter Druck. Ausserdem bedeutet Ecopop ein Ende der Bilateralen Verträge. Ohne geregelte Beziehungen zur EU werden in der Schweiz jedoch Stellen ins Ausland verlagert und abgebaut.
- **Weil Ecopop die AHV schwächt und die Pflege der Betagten gefährdet.** Die ausländischen Arbeitskräfte, die in den letzten Jahren in die Schweiz kamen sind eine wichtige Stütze für die AHV. Deshalb haben sich alle Horror-Szenarien zu den AHV-Financen als falsch erwiesen. Die AHV erzielt nach wie vor Überschüsse. Mit Ecopop würden diese BeitragszahlerInnen fehlen und die AHV käme in Schieflage. Zudem führt die Initiative dazu, dass wir nicht mehr genügend Personal für die Pflege und Betreuung alter Menschen finden. Spitex und Pflegeheime müssten ihr Angebot abbauen.
- **Weil Ecopop den Klima- und Landschaftsschutz durch eine Scheinlösung erschwert.** Ob Menschen in der Schweiz oder einem anderen Land leben, ist dem Klima egal. Wer das Klima schützen will, muss beim Umbau des Energiesystems und beim eigenen Ressourcenverbrauch ansetzen. Zudem bringt Ecopop keine Lösung gegen die Zersiedelung und schützt die Landschaft nicht. Dafür müssten die Probleme der Raumplanung angegangen werden, statt die Weiterentwicklung der dazu nötigen Instrumente zu behindern.
- **Weil Ecopop die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit auf Abwege führt.** Eine sinnvolle Entwicklungszusammenarbeit muss die Armut bekämpfen. Ecopop will dagegen unsinnig viele Gelder in Verhütungsmittel stecken und der Armutsbekämpfung Mittel entziehen. Nicht Gratis-Kondome und Gratis-Pillen sind gefragt, sondern Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung. Ausserdem muss vor allem die soziale Position von Mädchen und Frauen verbessert werden. Nur wenn Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können, hat Familienplanung eine Chance.
- **Weil Ecopop MigrantInnen zu Sündenböcken macht.** Migrantinnen und Migranten sind längst Teil der Schweiz. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für unseren wirtschaftlichen und kulturellen Reichtum. Statt ihre Integration zu fördern, macht Ecopop MigrantInnen zu Sündenböcken für hausgemachte Probleme. Damit wird Fremdenfeindlichkeit geschürt.



Für die Umwelt statt gegen Menschen

Argumentarium der Grünen zur Ecopop-Initiative

Geschäftsleitung, März 2014

www.nein-zu-ecopop.ch



Übersicht

Einleitung (S. 3)

Sechs Argumente gegen die Ecopop-Initiative (S. 5)

1. Die Ecopop-Initiative löst keine Umweltprobleme (S. 5)
2. Die Ecopop-Initiative packt die Ursache der Zuwanderung nicht an (S. 8)
3. Die Ecopop-Initiative wählt den falschen Ansatz (S. 10)
4. Die Ecopop-Initiative ist diskriminierend (S. 11)
5. Die Ecopop-Initiative betreibt eine veraltete Entwicklungspolitik (S. 12)
6. Die Ecopop-Initiative führt zum Bruch mit Europa (S. 14)

Sechs grüne Lösungen für mehr Lebensqualität ohne Wachstumszwang (S. 15)

1. Ressourcen gerecht verteilen, Pro-Kopf-Verbrauch senken (S. 15)
2. Kulturland schützen und Raumplanung stärken (S. 16)
3. Weniger und umweltfreundlicher Verkehr (S. 17)
4. Gerechte Steuerpolitik statt masslosem Wirtschaftswachstum (S. 18)
5. Inländerinnen und Inländer auf dem Arbeitsmarkt stärken (S. 18)
6. Verteilungsgerechtigkeit bringt Wohlstand und senkt die Geburtenraten (S. 20)

Was will die Ecopop-Initiative (S. 22)

Aufruf zum Bündnis gegen Ecopop (S. 23)

Quellenverzeichnis (S. 24)

Einleitung

Die Abstimmung über die Ecopop-Initiative findet vor zwei Hintergründen statt.

1. Die heutige Wirtschaft gefährdet die Lebensgrundlagen global. Auch lokal trägt das Wirtschafts-Wachstum nicht zu einer Verbesserung der Lebensqualität bei. Deshalb sind grüne Lösungen wichtiger denn je.
2. Während es mit Vorlagen wie der Zweitwohnungs- oder der Abzocker-Initiative gelang, kleine ökologische und soziale Korrekturen des Wirtschaftssystems zu erreichen, hat es die SVP am 9. Februar mit ihrer Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ geschafft, ausländerfeindliche Scheinlösungen in den Vordergrund zu rücken. Wir Grünen stehen als **humanistische Ökologinnen und Ökologen** vor der Herausforderung: Wie rücken wir wieder Lösungen in den Vordergrund, die Umweltschutz und Menschenrechte verbinden? Wie verhelfen wir einer Politik für statt gegen Menschen zum Durchbruch?

Die Ecopop-Initiative „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“ macht die Einwanderung zur Hauptursache von Umweltbelastung und Kulturlandverlust. Unabhängig von den Absichten der Initiantinnen und Initianten ist die Folge der Initiative, dass **Eingewanderte zu Sündenböcken** gemacht und ausländerfeindliche Massnahmen ergriffen werden. Es ist kein Zufall, dass sie von der SVP als Druckmittel zur Durchsetzung von diskriminierenden Massnahmen benützt wird. Eine Folge von Ecopop wäre unweigerlich die weitere Einschränkung des Familiennachzugs, was vor allem für Kinder dramatische Folgen hat. Bleiben aber würde eine Standortpolitik, welche mit Tiefststeuern Unternehmen anlockt, die wiederum nach Arbeitskräften aus dem Ausland rufen. Bleiben würde auch eine Zersiedelung (durch einstöckige Gewerbebauten, Villen, Einfamilienhaus-Boom), die unvergleichlich mehr zum Verlust von Kulturland beiträgt als die Einwanderung.

Während die Abschottungsinitiative der SVP die Personenfreizügigkeit und die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union implizit in Frage stellt, tut die Ecopop-Initiative das explizit. Deren starre Obergrenze für die jährliche Zuwanderung von 0,2% führt unweigerlich zum **Bruch mit der EU**. Ein Ende der Bilateralen würde die Schweiz in praktisch allen Bereichen isolieren.

Zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Beschränkung eines umweltschädlichen Wirtschafts-Wachstums haben wir im September 2012 die **Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft** eingereicht. Mit ihrem Ziel, den Fussabdruck der Schweiz bis 2050 auf eine Erde zu reduzieren, setzt sie beim Konsum und bei der Umwelteffizienz an. Es ist unter Fachleuten unbestritten, dass dies die wirksamste sowie unabdingbare Lösung für unsere Umweltprobleme ist.

Gegen Ressourcenverschleiss, Luftverschmutzung und Zersiedelung braucht es nicht eine andere Ausländerpolitik, sondern eine konsequente Umweltpolitik. Dazu gehören der radikale Umbau der Wirtschaft, der konsequente Schutz des Kulturlandes, die Reduktion des Pendlerverkehrs. Gegen das überhitzte Wirtschaftswachstum (Zugisierung, Monacoisierung), das wir in den letzten Jahren hatten, muss die Schweiz ihre Standortpolitik ändern. Die starke

wirtschaftliche Zuwanderung ist die Folge des geförderten Kapitalzuflusses. Das Geld anzulocken, aber die Leute zu diskriminieren, ist eine menschenfeindliche Politik.

Weil die Ecopop-Initiative kein Umweltproblem löst, unseren humanen Werten widerspricht und die Schweiz isoliert, hat sich der Vorstand der Grünen bereits im Juni 2011 kurz nach deren Lancierung von ihr distanziert. Er tat dies einstimmig nach einer Anhörung der Initiantinnen und Initianten. Die Delegiertenversammlung der Grünen hat im Januar 2013 diese Haltung bekräftigt.

Einen Tag nach der politischen Katastrophe vom 9. Februar haben die Grünen das **Bündnis für eine offene Schweiz –gegen Ecopop** ins Leben gerufen, um rechtzeitig eine breite Allianz gegen falsche und menschenfeindliche Lösungen zu bilden. Die erste Aktion dieses Bündnisses war die Grosskundgebung für eine offene und solidarische Schweiz am 1. März auf dem Bundesplatz mit 12'000 Teilnehmenden.

Das vorliegende Argumentarium ist Teil unseres Engagements für eine offene und solidarische Schweiz, für die Umwelt statt gegen die Menschen. Mit vielen Fakten versehen stellt es sechs Gründe gegen die Ecopop-Initiative sowie sechs grüne Lösungen für mehr Lebensqualität ohne Wachstumszwang vor.

Weitere Informationen

- [Medienmitteilung](#) des Vorstands der Grünen vom 25.6.2011
- [Medienmitteilung](#) der Delegiertenversammlung der Grünen vom 19.1.13
- [Kampagnenseite](#) der Grünen zum „Bündnis für eine offene Schweiz - Nein zu Ecopop“

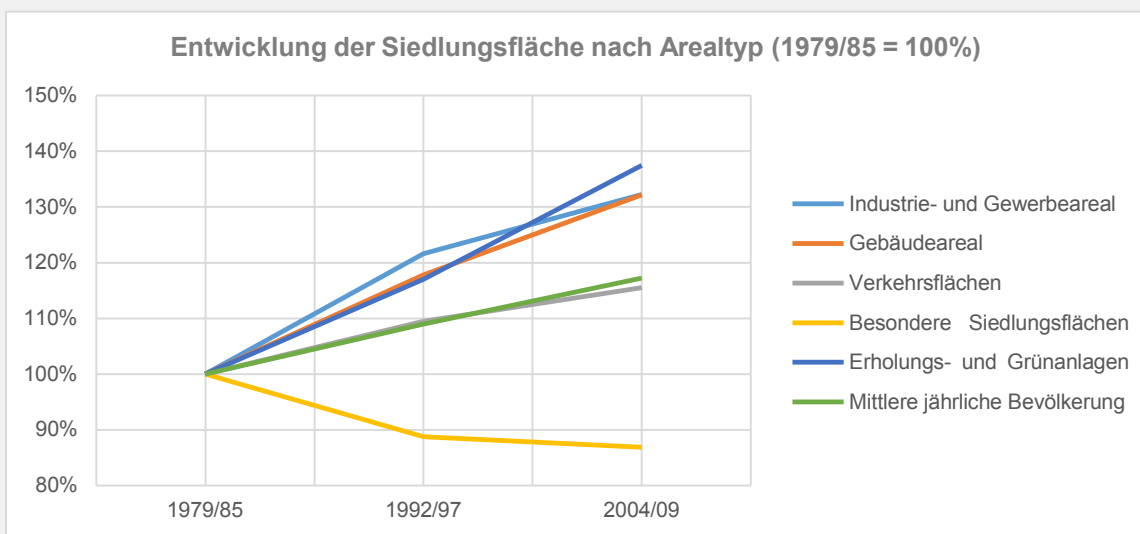
Sechs Argumente gegen die Ecopop-Initiative

1. Die Ecopop-Initiative löst keine Umweltprobleme

Die Ecopop-Initiative enthält **keine einzige konkrete Massnahme zur Lösung von Umweltproblemen**. Es werden keinerlei Verbesserungen für die Energie- und Klimapolitik oder für eine massvolle Nutzung von Boden und Ressourcen vorgeschlagen. Wer etwas für die Umwelt tun will, muss sich für einen restriktiven Schutz des Kulturlandes, für eine attraktive Siedlungsverdichtung und für die Reduktion insbesondere des Pendlerverkehrs einsetzen.

Laut Arealstatistik ist die mittlere jährliche Bevölkerung der Schweiz zwischen 1979/85 und 2004/09 um rund 17% gestiegen (siehe Grafik unten). Im selben Zeitraum ist die Siedlungsfläche um 23% gewachsen. Das **Gebäudeareal**, eine Unterkategorie der Siedlungsfläche, ist um 32% gestiegen und das Wohnareal gar um 44%. Neben dem Bevölkerungsanstieg spielt die Pro-Kopf-Nachfrage an Wohnraum also eine wesentliche Rolle, was mit der Frage verbunden ist, wo und wie gebaut wird.¹

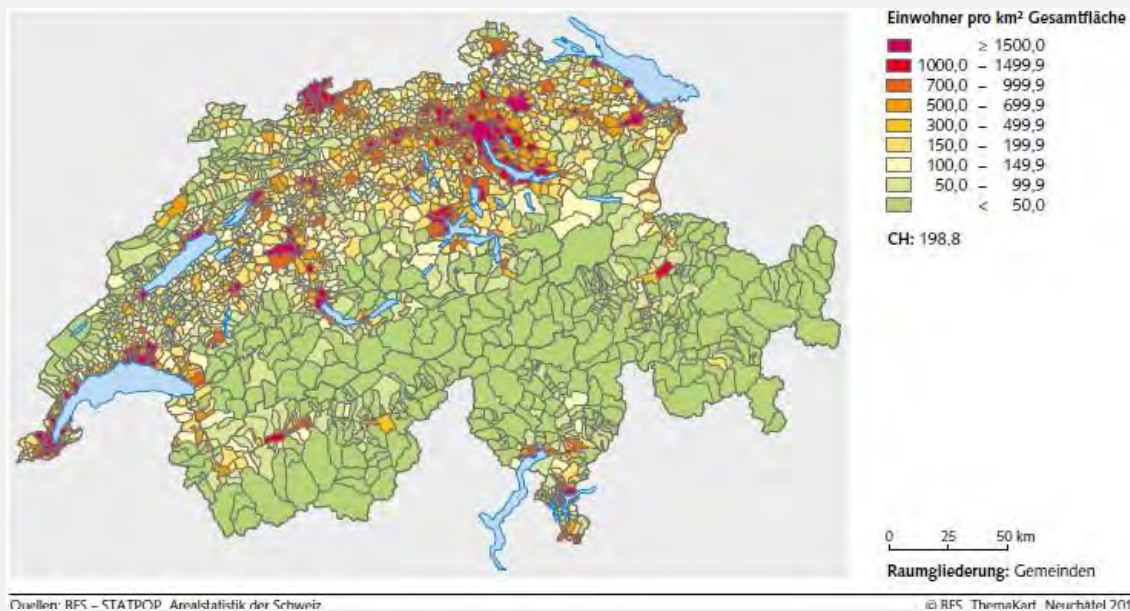
Grafik: Der Anstieg des Gebäudeareals sowie des Industrie- und Gewerbeareals ist stärker als das Bevölkerungswachstum. Eigene Darstellung, Daten BFS (2013) STAT-TAB, Raumnutzung und Landschaft, Arealstatistik, Standardnomenklatur (NOA S04). [Link](#).



Statistiken zur Bauaktivität zeigen, dass die Anzahl neu erstellter Gebäude mit Wohnungen pro Jahr seit 1990 relativ konstant geblieben und eher leicht gesunken ist. Die Bautätigkeit ist also nicht einfach eine Folge der Personenfreizügigkeit, sondern hängt von anderen Faktoren ab. Notwendig ist eine **Verschiebung von Einfamilienhäusern zu attraktiven Mehrfamilienhäusern**, die weniger Fläche benötigen. In den zehn Jahren vor der Personenfreizügigkeit (1993-2002) wurden rund 117'871 Einfamilienhäuser gebaut. Zwischen 2003-2012 entstanden 109'069 neue Einfamilienhäuser. Die Personenfreizügigkeit hat dabei also keinen wesentlichen Einfluss gehabt. Vielmehr handelt es sich um eine grundlegende Tendenz

unserer Lebensweise. Im Jahr 2012 lag der Anteil von Einfamilienhäusern an neuen Gebäuden mit Wohnungen immer noch bei über 60% und ist damit deutlich zu hoch.²

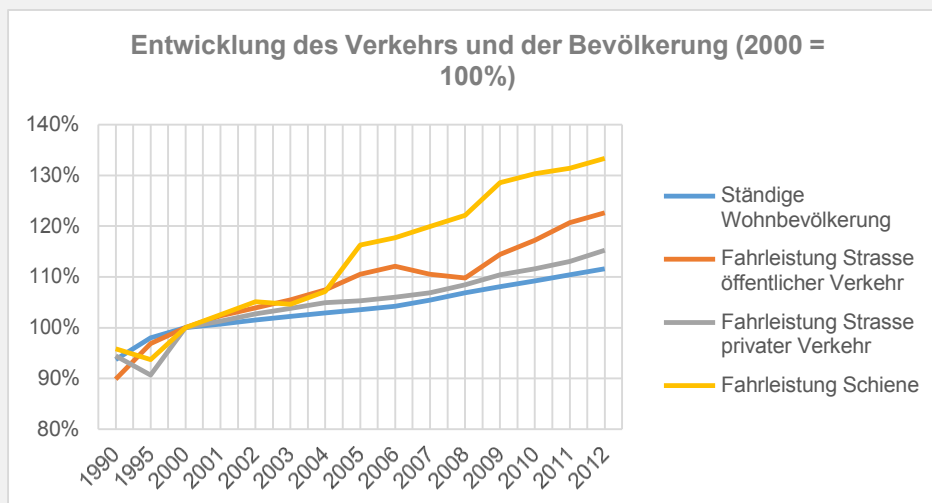
Grafik: Bevölkerungsdichte 2011. Quelle: BFS (2013) Mobilität und Verkehr. S. 13. [Link](#).



Beim **Verkehr** ist der Anstieg der Fahrleistung auf der Schiene fast drei Mal so gross wie der Anstieg der Bevölkerung. Zwischen 2000-2012 stieg der Personen-Schienenverkehr um 33%, während die Wohnbevölkerung um 12% wuchs. Auch der öffentliche Verkehr auf der Strasse wuchs mit 23% stark. Nur der Strassenverkehr mit privaten Fortbewegungsmitteln stieg relativ proportional zur Bevölkerung an.³ Rund die Hälfte aller Personenkilometer wird jedoch nach wie vor mit dem Auto zurückgelegt.⁴ Beim Pendeln stieg die durchschnittlich zurück gelegte Strecke zwischen 2000-2011 um etwa 10% auf 14.2 km.⁵ Die durchschnittliche Tagesdistanz im Inland aller Einwohnerinnen und Einwohner ab dem Alter von sechs Jahren stieg zwischen 2005-2010 um 4% auf 37 km.⁶ Unser Mobilität wächst also und stellt sowohl für unsere Gesundheit also auch für das Klima ein Problem dar, trotz des steigenden Erfolgs des öffentlichen Verkehrs. Diese Tendenz stellt eine Weiterentwicklung unserer Lebensweise dar. Einfach das Bevölkerungswachstum zu begrenzen würde keine überzeugende Antwort dazu liefern, wenn die Mobilität gleichzeitig weiter ansteigt.

Des Weiteren würde mit der Ecopop-Initiative die Zahl von **Grenzgängerinnen und Grenzgängern** und mit ihnen auch der Pendelverkehr weiter zunehmen. Durch die starke Zuwanderungsbegrenzung wären Unternehmerinnen und Unternehmer bei Personalmangel dazu gezwungen entweder ihre Aktivitäten zu verlagern oder aber (beispielsweise im Fall von Krankenhäusern und dem Baugewerbe) verstärkt auf Grenzgängerinnen und Grenzgänger zurück zu greifen, die durch die Initiative nicht betroffen sind.

Grafik: Der Anstieg des Personenverkehrs ist stärker als das Bevölkerungswachstum.
 Eigene Darstellung, Daten BFS (2013) Fahrzeugbewegungen und Fahrleistungen im
 Personenverkehr. [Link](#).



	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012
Fahrleistung Strasse öffentlicher Verkehr (Mio. Kurs-km)	230	248	256	283	300	309	314
Fahrleistung Strasse privater Verkehr (Mio. Fahrzeugs-km)	44782	42997	47411	49930	52919	53591	54639
Fahrleistung Schiene (Mio. Kurs-km)	135	132	141	164	183	185	188
Ständige Wohnbevölkerung am Jahresende (in Tausend)	6751	7062	7204	7459	7870	7955	8039

In der Schweiz hat sich der **Endenergieverbrauch** zwischen 1950-2012 (ohne graue Energie) mehr als verfünffacht.⁷ Die Bevölkerung ist im selben Zeitraum um den Faktor 1,7 gewachsen.⁸ Zwischen 1990-2012 schwankte der Endenergieverbrauch auf und ab. Im Jahr 2012 war er etwa 10.5% grösser als 1990.⁹ Im selben Zeitraum stieg die Bevölkerung um 19%.¹⁰ Das Beispiel macht deutlich: nicht die Anzahl Personen ist entscheidend für die Umwelt, sondern die Nachfrage der Menschen, welche unter anderem vom Energiepreis und Konsumverhalten abhängt, sowie die technische Effizienz und die verwendeten Technologien.

Mit der Beschränkung der Zuwanderung würden die Umweltprobleme ausschliesslich in andere Länder Europas verschoben. Dabei kennen die meisten **Umweltprobleme keine Grenzen**. Für das Klima macht es beispielsweise überhaupt keinen Unterschied, ob jemand in Deutschland, Frankreich oder in der Schweiz lebt. Viel entscheidender sind der Lebensstil und die damit verbundenen Treibhausgasemissionen. Schliesslich lässt die Ecopop-Initiative ausser Acht, dass mittlerweile mehr als die Hälfte der Umweltbelastung unseres Konsums im Ausland anfällt, entlang der Wertschöpfungskette unserer Produkte.¹¹ Eine Gartenhag-Politik macht daher keinen Sinn. Stattdessen braucht es eine globale Perspektive und eine konsequente Umweltpolitik, welche die Lebensgrundlagen nachhaltig schützt. Auch dazu bietet die Ecopop-Initiative keinen

glaubwürdigen Ansatz, da die vorgeschlagenen Massnahmen zur Familienplanung vor allem dort ansetzen, wo der ökologische Fussabdruck am geringsten ist.

WWF-Standpunkt zur „Ecopop“-Initiative

„Der WWF teilt die Sorge von Ecopop um den zu hohen Ressourcenverbrauch und den Landschaftsverschleiss. Er hält die Initiative aber für ökologisch wirkungslos und unterstützt sie darum nicht. Ob eine Person in Deutschland, Österreich, Italien oder in der Schweiz viel zu viele Ressourcen verbraucht, spielt aus Umweltsicht keine entscheidende Rolle. Auch mit dem Fokus auf Geburtenkontrolle schiesst die Initiative am Ziel vorbei: Die Kinderzahl in Entwicklungsländern sinkt nicht primär mit mehr Verhütungsmitteln, sondern mit weniger Armut, wie zahlreiche Schwellenländer zeigen.“ ([Link](#))

Die Annahme der Ecopop-Initiative würde zudem die **Weiterentwicklung der Umweltpolitik behindern**. Denn schon durch die aktuelle Debatte wird bei der Bevölkerung der Eindruck erweckt, als sei eine Zuwanderungsbeschränkung ein Allheilmittel für die akuten Probleme. Dadurch wird die Aufmerksamkeit von den eigentlichen umweltpolitisch dringend notwendigen Massnahmen abgelenkt. Auch die Wachstumskritik erhält durch die Ecopop-Initiative eine falsche Stossrichtung. Denn nicht auf die Bevölkerungsentwicklung sondern auf die Entwicklung des Ressourcenverbrauchs kommt es an und dieser hängt im Wesentlichen davon ab, wie Wohlstand erarbeitet und verteilt wird.

2. Die Ecopop-Initiative packt die Ursache der Zuwanderung nicht an

Die Zuwanderung in die Schweiz erfolgt nicht zufällig sondern ist die Konsequenz der laufend **neu geschaffenen Arbeitsplätze** durch eine einseitige Ausrichtung auf Wirtschaftswachstum. Wenn laufend neue Arbeitsplätze entstehen und die Bevölkerung in der Schweiz nicht von sich aus wächst ist die logische Konsequenz, dass Arbeitskräfte im Ausland gesucht werden. Durch die Ecopop-Initiative müssten diese Menschen, die von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern in der Schweiz weiterhin benötigt werden, ihren Wohnsitz im grenznahen Ausland haben. Die Folge wäre eine Zunahme der Grenzgängerinnen und Grenzgänger und damit des Pendelverkehrs.

Daniel Müller-Jentsch, Avenir Suisse

„Will die Schweiz die Zuwanderung bremsen, muss sie auch ihre Steuer- und Standortpolitik überdenken.““ ([Tages-Anzeiger](#), 8.8.12, [Link](#))

Die Schweiz **forciert dieses Wirtschaftswachstum** durch eine aktive Standortpolitik. Ihr Hauptinstrument ist das Steuerdumping. Mit sehr tiefen Unternehmenssteuern und der Pauschalbesteuerung werden Unternehmen und reiche Einzelpersonen in die Schweiz gelockt. Das führt zu einer Verlagerung von Arbeitsplätzen, Steuereinnahmen und Bruttoinlandsprodukt von anderen Ländern in die Schweiz. Neue Werte oder Innovation werden durch diese Verlagerung allein nicht geschaffen. Vielmehr leiden unter der Verlagerung von Unternehmen

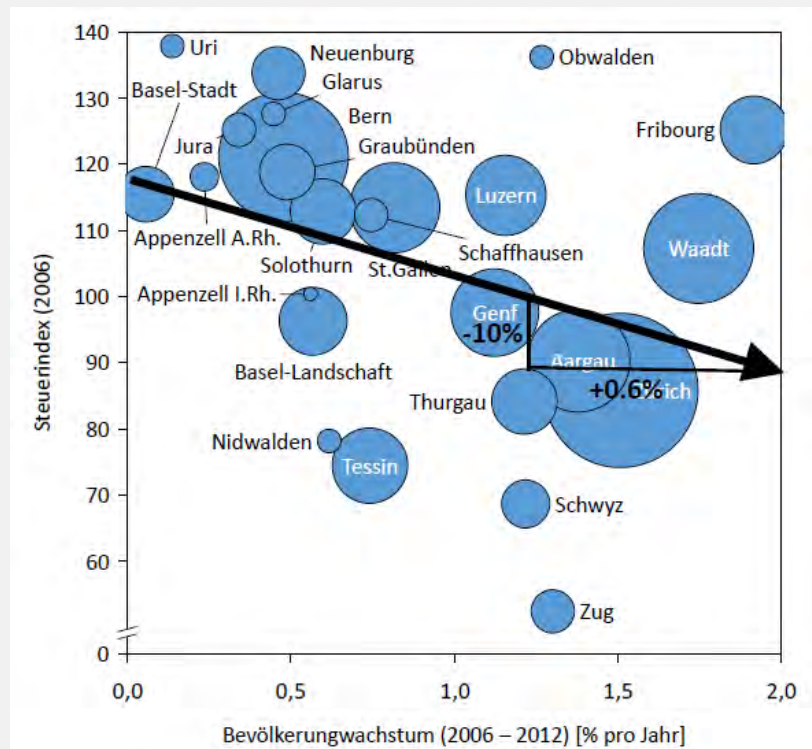
und Kapital in die Schweiz die Herkunftsregionen, da ihnen Arbeitsplätze und Steuereinnahmen abhandenkommen.

Hans Christoph Binswanger, emeritierter Wirtschaftsprofessor Universität St. Gallen

„Es geht um die Frage, ob das Wirtschaftswachstum und der Verschleiss von Ressourcen begrenzt werden können. Dabei verdrängen wir schnell, warum es überhaupt zu solchen Konflikten kommt. Die Bautätigkeit etwa wird nicht einfach durch Zuwanderung, sondern durch zu tiefe Zinsen angekurbelt. Beim Wohnungsbau wird dann Kapital mit der Erwartung investiert, dass bei einem Anstieg der Zinsen auch automatisch höhere Mieten bezahlt werden.“ (Beobachter, 25.2.13, [Link](#))

Je stärker die Schweiz ihre Standortpolitik auf reines Wirtschaftswachstum ausrichtet, desto stärker nimmt auch die Zuwanderung zu. Um die Zuwanderung in der Schweiz in ein besseres Gleichgewicht zu bringen, müsste Ecopop konsequenterweise hier ansetzen, eine **Initiative gegen Standortdumping** lancieren und einen kritischen Diskurs gegenüber reinem Wirtschaftswachstum statt Bevölkerungswachstum führen.

Grafik: Kantone mit 10% tieferen Steuern haben ca. 0.6% mehr Bevölkerungswachstum pro Jahr. Eigene Darstellung, Zahlen BFS 2014.

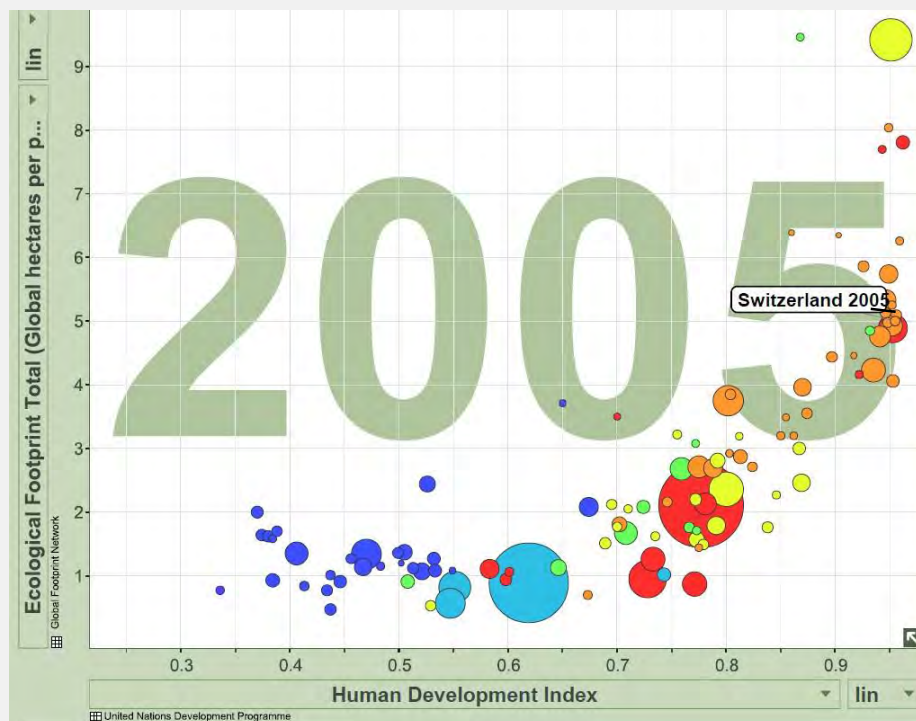


3. Die Ecopop-Initiative wählt den falschen Ansatz

Die Initiative möchte die begrenzten Ressourcen unter einer möglichst geringen Anzahl von Menschen verteilen. Sie geht dabei von der Formel aus: Ressourcenverbrauch = Anzahl Personen x Konsum pro Kopf x technische Effizienz.¹² Diese **Formel ist stark vereinfachend** und klammert Faktoren wie Kultur, politische Institutionen, Wirtschaftsordnung und gesellschaftliche Dynamiken aus. Die einzelnen Faktoren sind ausserdem nicht unabhängig voneinander sondern stark miteinander verknüpft. So sinkt beispielsweise die Geburtenrate mit steigendem Konsum pro Kopf.

Vor allem klammert die Formel die **Verteilungsgerechtigkeit** aus. Das hohe Niveau des Verbrauchs pro Person in den Industrieländern des Nordens und den neu entstandenen globalen Mittelschichten ist viel gewichtiger als das anhaltende Bevölkerungswachstum in Afrika. So ist der ökologische Fussabdruck der Schweiz mehr als drei Mal so gross wie in Burkina Faso und etwa 4.5 Mal so gross wie im Kongo.¹³ Auch innerhalb der Schweiz variiert der ökologische Fussabdruck stark zwischen den einzelnen Personen. Die Höhe des Einkommens sowie die Konsum- und Investitionsentscheidungen steht in direktem Zusammenhang mit der Beanspruchung an Raum, Energie und anderen natürlichen Ressourcen.

Grafik: Ressourcenverbrauch (ökologischer Fussabdruck) steigt mit Wohlstand (Human Development Index). Dunkelblau: Afrika. Hellblau: Südasien. Orange: Europa und Zentralasien. Rot: Ost-Asien und Pazifik. Gelb: Nord- und Südamerika. Grün: Mittlerer Osten und Nordafrika.
Quelle: Gapminder, [Link](#)



Wollte man den ökologischen Fussabdruck effektiv über die Reduktion der Bevölkerungsgrösse auf eine Erde senken, wie es Ecopop vorgibt, **müsste die Bevölkerung in der Schweiz um rund 5 Millionen abnehmen**.¹⁴ Die Weltbevölkerung müsste gar um etwa 2.3 Milliarden Menschen schrumpfen. Die Verschiebung der Bevölkerung aus der Schweiz in ein anderes EU-Land ist hingegen absolut wirkungslos. In Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien ist der durchschnittliche ökologische Fussabdruck auf etwa dem gleichen Niveau wie in der Schweiz. Der Ecopop-Ansatz ist daher nicht nur falsch, er ist auch menschenunwürdig.

Mathias Wackernagel, Präsident des Global Footprint Networks

„Die Vorlage ist unmenschlich. Wo in Europa die Menschen wohnen ist relativ unbedeutend für den Ressourcenverbrauch. Die Schweiz braucht eine gute Zusammenarbeit mit allen Bürgern der Welt. Wir sind enorm abhängig von der Welt. Unser Signal muss Offenheit sein – damit wir das Problem zusammen angehen können. Längerfristig kann ich mir eine Schweiz ohne volle Integration in Europa immer weniger vorstellen, besonders mit den wachsenden globalen Herausforderungen der Ressourcensituation“ (24.2.14, BZ, [Link](#))

Anstatt die Zuwanderung zu beschränken und den Ausländerinnen und Ausländern die Schuld am hohen Ressourcenverbrauch zu geben, sollte die **Schweiz ihre Verantwortung** für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen wahrnehmen und den Verbrauch pro Person deutlich reduzieren.

4. Die Ecopop-Initiative ist diskriminierend

Die Ecopop-Initiative schiebt die Schuld am zu grossen Ressourcenverbrauch einseitig auf die Zuwandernden und impliziert damit, dass die Umweltprobleme der Schweiz mit strikten Kontingenten und weniger Ausländerinnen und Ausländern zu lösen wären. Da etwa zwei Drittel der ausländischen Wohnbevölkerung aus dem EU27/EFTA-Raum stammen¹⁵ und in ihren Heimatstaaten grösstenteils genauso viele Ressourcen verbrauchen wie hier, ist der gewählte Ansatz primär nationalistisch und trägt zu einem ausländerfeindlichen Klima bei. Ob gewollt oder nicht signalisiert die Initiative, dass **die anderen zu viele sind, nicht wir selbst**. Dass vor hundert Jahren die Schweizerinnen und Schweizer ausgewandert sind, um ein wirtschaftliches Auskommen zu finden, wird auch vollständig ausgeblendet.

Die Umsetzung der Initiative würde zudem eine **massive Verschärfung der Ausländerpolitik zur Folge** haben. Bei so starren Kontingenten und einer weiterhin sehr hohen Nachfrage der Wirtschaft nach Fachkräften würde sich rasch die Frage stellen, wer denn nun einwandern darf und zu welchen Konditionen. Bereits mit der Masseneinwanderungs-Initiative wird der Familiennachzug für Fachkräfte ohne grosse Vermögen in Frage gestellt.¹⁶ Die Wiedereinführung des unwürdigen Saisonier-Statuts ist eine mögliche Folge, da Kurzaufenthaltsbewilligungen (weniger als 12 Monate) von der Ecopop-Initiative nicht betroffen sind. Die grossen Unternehmen werden hingegen Wege und Mittel finden, ihre Angestellten weiterhin im Ausland zu rekrutieren. Kleinere Unternehmen hätten aufgrund des bürokratischen Aufwandes das Nachsehen und müssten auf Grenzgängerinnen und Kurzaufenthalter ausweichen.

Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds

„In der kommenden Session wird der Ständerat die Ecopop-Initiative diskutieren. Diese suggeriert mehr Nachhaltigkeit. Bewirkt wird sie wohl das Gegenteil, nämlich mehr prekäre Arbeitsverhältnisse und mehr Umweltverbrauch.“ (28.2.14, SGB-Website, [Link](#))

Auch wenn die Initiantinnen und Initianten von Ecopop jegliche Fremdenfeindlichkeit von sich weisen, fokussiert ihr Vorschlag einmal mehr auf „die Ausländer“ und nicht auf das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell oder die Lebensweise der Menschen in der Schweiz. Dies führt in der öffentlichen Debatte zu einer **Sündenbockpolitik**, welche die Grünen entschieden ablehnen.

Grafik: Zahlreiche Menschen kommen und gehen jedes Jahr laut Wanderungsbilanz der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz, 2009-2012. Daten des Bundesamts für Migration, Ausländer- und Asylstatistik, Taschenstatistik 2012, S. 14-15. [Link](#).

	2009	2010	2011	2012
Einwanderung	132 444	134 171	142 471	143 783
Übriger Zuwachs	9 595	9 828	8 661	10 152
Auswanderung	55 238	65 523	64 038	65 858
Übriger Abgang	14 889	13 673	12 956	14 790
Wanderungssaldo	71 912	64 803	74 138	73 287

5. Die Ecopop-Initiative betreibt eine veraltete Entwicklungspolitik

Um die globale Bevölkerungszahl zu senken fordert Ecopop, mindestens 10% der Gelder für Entwicklungszusammenarbeit in Aufklärungsunterricht und einen verbesserten Zugang zu Verhütungsmitteln zu investieren. Angesichts der **stark gesunkenen Geburtenraten weltweit** von 5 auf 2.5 Kindern pro Frau zwischen 1960 und heute, richtet sich die Massnahme vor allem an Länder in Afrika südlich der Sahara. Dort stellt die Bevölkerungsentwicklung eine Herausforderung dar, neben anderen Dynamiken wie den bereits spürbaren Auswirkungen des Klimawandels und der mangelnden internationalen Verteilungsgerechtigkeit.

Die Ecopop-Initiative fällt mit ihrem Ansatz allerdings in das **alte Paradigma der Bevölkerungskontrolle** in Entwicklungsländern zurück, das vor der Weltbevölkerungskonferenz im Jahr 1994 in Kairo galt. Seit der Konferenz wird ein Konzept basierend auf den Menschenrechten verfolgt. Zentrale Aktionsfelder sind dabei die reproduktive Gesundheit, die Gleichstellung der Geschlechter und der Zugang zu Bildung. Nur so wird die Lebensqualität der Menschen verbessert und es findet keine koloniale Bevormundung statt. Die Grünen arbeiten auf der Basis dieses neuen Konzepts.

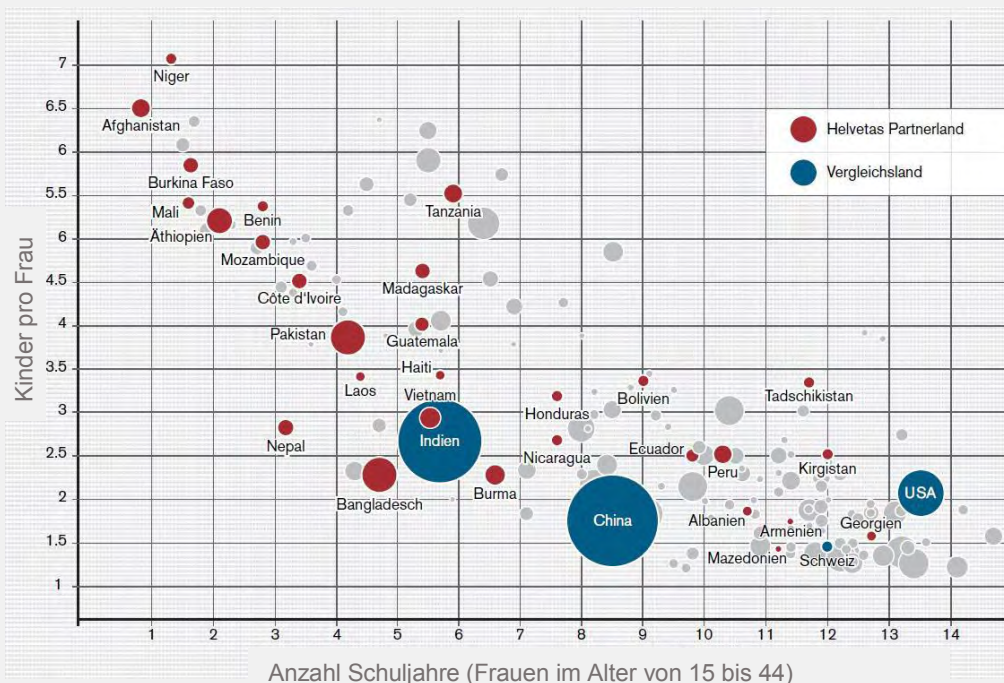
Stellungnahme der Alliance Sud

„Ecopop ignoriert die strukturellen Ursachen des Bevölkerungswachstums. Hohe Geburtenraten sind primär armutsbedingt. Viele Eltern in Entwicklungsländern entscheiden sich aus Gründen der Existenzsicherheit für viele Kinder: als zusätzliche Arbeitskräfte und tatkräftige Unterstützung bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit. Der Entscheid für viele Kinder beruht selten auf Freiwilligkeit, sondern ist Ausdruck einer wirtschaftlichen Zwangslage und Rechtlosigkeit. Hier gilt es anzusetzen. (Medienmitteilung, 2.11.12, [Link](#))

Im Jahr 2012 betrug das Budget für Entwicklungszusammenarbeit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) rund 1.3 Milliarden Franken, von denen 535.2 Millionen Franken in die multilaterale Zusammenarbeit und 803.7 Millionen Franken in bilaterale Projekte flossen.¹⁷ Gemäss der Ecopop-Forderung müssten dementsprechend etwa 130 Millionen Franken für Verhütungsmittel und Aufklärungsunterricht verwendet werden. Das **entspräche den gesamten bilateralen Ausgaben für Gesundheit und Bildung zusammen** oder beispielsweise dem Schweizer Schwerpunkt ländliche Entwicklung und Landwirtschaft. Zieht man zusätzlich die Ausgaben des SECO für Entwicklungszusammenarbeit in Betracht (2012: 194.3 Millionen Franken), müssten gar rund 150 Millionen Franken in die Familienplanung fließen.¹⁸

Die von Ecopop geforderten 10% des Entwicklungszusammenarbeits-Budgets für die Familienplanung sind **schlichtweg zu viel**. Die einseitige Fokussierung auf Familienplanung ist nicht zielführend und das Geld würde in anderen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit fehlen. Gerade die Bildung und Gesundheit, aber auch die Armutsbekämpfung und Umweltprojekte würden darunter leiden. Anstatt Kondome zu verteilen sollte Ecopop helfen, die Lebensqualität und den Wohlstand weltweit zu erhöhen. Voraussetzung dafür ist eine gerechte Verteilung. Nur so lassen sich die Geburtenraten nachhaltig senken.

Grafik: Zusammenhang zwischen Bildung und Kinder pro Frau, 2009 (Gapminder 2012). Aus: Helvetas (2012) Bevölkerungswachstum und Entwicklungszusammenarbeit. [Link](#).



6. Die Ecopop-Initiative führt zum Bruch mit Europa

Die Personenfreizügigkeit ist eine der zentralen Säulen der EU. Das bilaterale Abkommen zur Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ist daher an alle anderen bilateralen Verträge gekoppelt. Aufgrund der starren Kontingente würde die Ecopop-Initiative ein **Beibehalten der Personenfreizügigkeit verunmöglichen**. Muss das Abkommen gekündigt werden, fallen auch die andern bilateralen Verträge (Guillotine). Davon wären unter anderem auch das Landverkehrsabkommen (Güterverkehr auf die Schiene) oder die Abkommen über Bildung und Forschung betroffen.

Joschka Fischer, ehemaliger deutscher Aussenminister der Grünen

„Es kann keine Extrawürste geben. Macht die EU eine Ausnahme für die Schweiz, dann stehen am folgenden Tag 28 Regierungschefs in Brüssel auf der Matte und wünschen sich für ihr Land ebenfalls Sonderregelungen.“ (16.2.14, NZZ a.S., [Link](#))

Die Schweiz erwirtschaftet jeden zweiten Franken im benachbarten Ausland und der EU. Ein Bruch hätte massive wirtschaftliche Folgen für die Schweiz, viele Arbeitsplätze wären stark gefährdet und es entstünden dadurch bedeutende soziale Risiken. Ein vollständiger Abbruch der bilateralen Verträge hätte **gravierende Folgen für die Schweiz** in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Die Schweiz wäre politisch isoliert, obwohl sie bei allen Rohstoffen und Ressourcen sehr stark von anderen Ländern abhängig ist.

Auch wenn bei den Grünen nach wie vor eine grundsätzliche Kritik an der noch zu geringen ökologischen und sozialen Ausrichtung der EU besteht, ist die Schweiz bereits heute sehr eng mit der EU und ihren Mitgliedstaaten verflochten. Davon betroffen sind nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Bildung, die Kultur, der Verkehr und vieles mehr, was auch den Grünen wichtig ist. Eine **Isolation der Schweiz im Herzen Europas ist kein gangbarer Weg**. Die Senkung des Pro-Kopf-Verbrauchs an natürlichen Ressourcen ist vor diesem Hintergrund auch europapolitisch die bessere Lösung als die Regulierung der Zuwanderung über starre Obergrenzen. Zudem muss die Schweiz bei der Ausbildung von Fachkräften und bei der Bekämpfung des Steuer- und Standortdumpings endlich ihre Hausaufgaben machen.

Durch die Ecopop-Initiative betroffen wären teilweise auch die **Schweizerinnen und Schweizer, die im Ausland leben**. Zwischen 1993-2012 ist ihre Anzahl von 504'177 auf 715'710 gestiegen. Rund 62% leben in europäischen Ländern. Ein grosser Teil von ihnen ist durch eine Doppelstaatsbürgerschaft abgesichert. Rund 115'000 in Europa lebende Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer haben jedoch nur die Schweizer Staatsbürgerschaft und wären, je nach ihrem individuellen Aufenthaltsstatus, durch die Abschaffung der Personenfreizügigkeit direkt betroffen.¹⁹

Sechs grüne Lösungen für mehr Lebensqualität ohne Wachstumszwang

1. Ressourcen gerecht verteilen, Pro-Kopf Verbrauch senken

Die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft verschwenden Ressourcen als stünden ihr drei Planeten zur Verfügung. Wir haben jedoch nur einen. Deshalb haben die Grünen am 6. September 2012 die **Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft** eingereicht. Ziel der Initiative ist, den ökologischen Fussabdruck der Schweiz bis 2050 auf eine Erde zu reduzieren. Das bedeutet, dass ihre Gesamtumweltbelastung auf ein global verträgliches Mass verringert werden soll. Die Initiative legt dazu ein verbindliches Vorgehen und die notwendigen politischen Instrumente fest. Im Zentrum der Initiative steht der Umbau der heutigen Wegwerfwirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft. Diese geht sparsam und schonungsvoll mit knappen Ressourcen um, nutzt Abfälle als Sekundärrohstoffe, fördert die Wirtschaft des Teilens statt des Besitzens und setzt Energie effizient ein. So können Emissionen, Abfälle und Verschwendung vermieden werden.

Der ökologische Fussabdruck basiert auf dem Prinzip der **Verteilungsgerechtigkeit**. Jedem Menschen, egal wo er lebt, steht der gleiche Anteil an natürlichen Rohstoffen zu. Zudem muss sich der Verbrauch am Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren, damit auch die kommenden Generationen einen intakten Planeten und eine hohe Lebensqualität vorfinden und nicht nur unsere Abfälle bewirtschaften müssen. Der Fussabdruck stellt daher den Pro-Kopf-Verbrauch ins Zentrum.

Der Bundesrat hat am 8. März 2013 einen Aktionsplan Grüne Wirtschaft vorgelegt und Mitte Februar 2014 seinen Vorschlag zur **Revision des Umweltschutzgesetzes** ans Parlament überwiesen. Dieser indirekte Gegenvorschlag sowie die Initiative selbst werden ab April 2014 im Parlament beraten.

Eine Reduktion des ökologischen Fussabdrucks auf **1 Erde im Jahr 2050 ist durchaus realistisch**. Auf internationaler Ebene haben führende Wirtschaftsunternehmen dieses Ziel in der „Vision 2050“ des World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) verankert. In der Schweiz gliedert sich die Zielvorgabe in bestehende Initiativen wie die „2000-Watt-Gesellschaft“ ein, welche ebenfalls eine Reduktion um den Faktor 3 anstrebt. Das hat auch der Bundesrat erkannt und in seinem Masterplan Cleantech dieses Ziel verankert, allerdings ohne Zeithorizont. Die Wirtschaftsverbände Swisscleantech und ÖBU setzen sich ebenfalls für die Reduktion des Ressourcenverbrauchs auf ein Mass innerhalb der Grenzen des Planeten ein.²⁰

Weitere Informationen

- Website zur Grünen Wirtschaft: www.gruenewirtschaft.ch
- Global Footprint Network: <http://www.footprintnetwork.org/de/>
- Interpellation 13.3101: Ökologischer Fussabdruck heute und im Jahr 2050. [Link](#).

2. Kulturland schützen und Raumplanung stärken

Derzeit ist etwa 7% der Schweizer Landesfläche mit Siedlungen (Gebäude, Strassen, Schienen, etc.) bedeckt, rund ein Drittel davon dient dem Verkehr. Wer gegen Zersiedelung vorgehen will, engagiert sich für eine konsequente **Umsetzung des revidierten Raumplanungsgesetzes, der Zweitwohnungsinitiative und des Kulturlandschutzes** in allen Kantonen und Gemeinden.

Dabei sind die folgenden Forderungen der Grünen zentral:

- Das Kulturland verbindlich vor der Überbauung und der Zersiedelung schützen.
- Die Zweitwohnungsinitiative konsequent und im Sinne der StimmbürgerInnen umsetzen.
- Baulandreserven nicht auf der Basis von zu hohen Bevölkerungsszenarien planen, da diese sonst überdimensioniert sind.
- Bei der Bestimmung der Baulandreserven die Verdichtungsmöglichkeiten und die Arbeitszonen einrechnen, da hier ein grosses Reservepotential besteht.
- Bevor neue Bauzonen bewilligt werden, die bestehenden besser nutzen. Je stärker eine Gemeinde an Einwohnern und Beschäftigten zulegen will, desto mehr soll sie auch für Verdichtung sorgen.
- Für Aufzonungen (Erhöhung der Nutzung) und die innere Verdichtung einen Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen vorschreiben, um bezahlbaren Wohnraum zu garantieren. Die Gemeinden und bundesnahe Betriebe als Grundeigentümer sollen zudem Grundstücke für den gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnbau zur Verfügung stellen.

Doch die Verdichtung darf nicht auf Kosten der **Lebensqualität** gehen. Die Grünen fordern vielfältige und lebendige Quartiere und Gemeinden mit Kultur-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten im direkten Umfeld. Sie fördern dadurch die Nähe von Wohnsitz, Arbeit und Schule. Die Raum- und Siedlungsplanung muss stärker auf ein Lebensumfeld der kurzen Wege hinarbeiten. Der Einfluss einer hohen Siedlungsdichte auf die Lebensqualität ist stark durch den Städtebau beeinflusst. Verdichtung kann eine Aufwertung sein, wenn lokale Grün- und Begegnungsräume geschaffen und Quartierstrukturen gefördert werden. Eine gelungene Verdichtung erhöht so die Lebensqualität: Das zeigen gut funktionierende Stadtquartiere.

Weitere Informationen:

- Grüne [Raumplanungspolitik](#)
- Grüne Resolution „Zeit für die Raumwende! Mehr Lebensqualität und weniger Ressourcenverbrauch dank nachhaltiger Raumplanung“ vom Januar 2013 ([Link](#))
- Grüne [Agglomerationspolitik](#)
- Grüne Kulturland-, Wohnraum- und Grünrauminitiativen

3. Weniger und umweltfreundlicher Verkehr

Was derzeit als Überlastung der Infrastruktur diskutiert wird, beschreibt im Kern die Überlastung der Verkehrsinfrastruktur zu einem **bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort**. Das klassische Beispiel sind volle Züge im Feierabendverkehr. Die Auslastung der Verkehrsinfrastruktur unterscheidet sich dabei je nach Tageszeit und variiert zwischen Regionen.

Ein wichtiger Trend ist die **Zunahme der Mobilität pro Person**. „Die Mobilität wächst stärker als die Bevölkerung“, brachte es Bundesrätin Doris Leuthard auf den Punkt.²¹ Zwischen 2005 und 2012 stieg die inländische Tagesdistanz um etwa 4% auf durchschnittlich 37 Kilometer und 92 Minuten. Hauptverantwortlich dafür ist die Zunahme des Pendelverkehrs. Ein grosser Teil des Verkehrs verläuft immer noch auf der Strasse und verursacht massive Probleme für Klima und Gesundheit. Im Jahr 2011 gab es etwa 4.2 Millionen Autos in der Schweiz.²²

Die Lösung der Verkehrsprobleme heisst: **vermeiden, verlagern, verträglich gestalten**. Rund die Hälfte aller Fahrten mit dem Auto ist kürzer als fünf Kilometer. Gestalten wir diese Wege attraktiver für FussgängerInnen, FahrradfahrerInnen und NutzerInnen des öffentlichen Nahverkehrs, können wir diese Auto-Fahrten reduzieren und auf umweltverträglichere Alternativen verlagern.

Falsche Mobilitätsanreize gilt es zu stoppen. Die Grünen setzen sich daher gegen den Kapazitätsausbau bei Strassen und gegen Steuerabzüge für Pendlerinnen und Pendler ein. Sie wollen stattdessen Wohnen und Arbeiten wieder näher zusammenrücken und neue Arbeitsformen wie den „Home-Office-Tag“ und Gemeinschaftsbüros in der eigenen Gemeinde fördern. Die Mobilität soll ausserdem über gestaffelte Arbeitszeiten und Anreizsysteme bei den Ticketpreisen besser über den Tag verteilt werden, um die punktuelle Überlastung einzelner Züge zu verringern.

Um die Umweltbelastung des verbleibenden motorisierten Individualverkehrs zu reduzieren wollen die Grünen ausserdem den **Umstieg auf Elektromobilität** mit Strom aus erneuerbaren Energien vorantreiben.

Weitere Informationen

- Grüne [Verkehrspolitik](#)
- Grüne [Resolution](#) zur Elektromobilität vom November 2013

4. Gerechte Steuerpolitik statt masslosem Wirtschaftswachstum

Die Grünen kritisieren die einseitig auf ökonomisches Wachstum ausgerichtete Wirtschafts- und Standortpolitik des Bundes, der Kantone und Gemeinden. Ohne gesellschaftliche und ökologische **Leitplanken** profitieren nur wenige Menschen von diesem forcierten Wachstumsmodell. Diese Politik belastet aufgrund des Ressourcenverschleisses die Umwelt, verstärkt die Zuwanderung und konzentriert diese auf einige Regionen.

Die Grünen wehren sich dezidiert **gegen Steuerdumping und Pauschalbesteuerung**, um die Kapitalverlagerung in die Schweiz zu bremsen und die BIP-Wachstumsprobleme in der Schweiz zu reduzieren. Eine bessere Verteilung von Wohlstand und Wirtschaftskraft in Europa und global führen zu einer besseren Lebensqualität für alle und zu friedlicheren Beziehungen mit unseren Nachbarn. Die Verlagerung von wirtschaftlicher Aktivität, Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen entspricht in keiner Weise der tatsächlichen Schaffung wirtschaftlichen Mehrwerts. Es handelt sich dabei um eine einfache Wertverlagerung, die Verlierer erzeugt. Die Grünen engagieren sich hingegen für eine nachhaltige Wirtschaftsförderung, die Innovation und die tatsächliche Schaffung wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Mehrwerts unterstützt.

Die **Standortpolitik sollte auf Nachhaltigkeit ausgerichtet** werden. Zentral ist dabei eine durchdachte Gesamtstrategie für die Ansiedlung und die Stärkung der Innovationskraft von Unternehmen. Die Finanzhilfen des Bundes im Rahmen der neuen Regionalpolitik wurden pionierhaft auf solche Kriterien ausgerichtet. Die Erfahrung damit muss verstärkt, verbessert und auf andere Förderinstrumente ausgeweitet werden. Darüber hinaus sollten die Kantone eine Vorbildfunktion einnehmen bei ihrer öffentlichen Beschaffung, der Ausbildungsförderung und der Innovationsförderung.²³

Weitere Informationen:

- [Medienmitteilung zur Unternehmenssteuerreform III vom 19.12.2013](#)
- [Resolution „Entwicklungsperspektiven für die Berggebiete“ vom 24.8.13](#)

5. Inländerinnen und Inländer auf dem Arbeitsmarkt stärken

In der Schweiz besteht derzeit ein **Fachkräftemangel** im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Auch im Gesundheitsbereich fehlt es in der Schweiz an qualifiziertem Personal. Die Folge ist, dass private und öffentliche Unternehmen und Spitäler im Ausland nach Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern suchen müssen. Sie profitieren damit von den Ausbildungsinvestitionen der anderen Länder und drücken sich davor, vor Ort mehr in Aus- und Weiterbildung zu investieren und die Arbeitsbedingungen zum Beispiel in den Pflegeberufen endlich attraktiver zu machen.

Die Schweiz braucht daher eine **Aus- und Weiterbildungs-Offensive**. Die Schweizer Berufsbildung ist ein gutes Modell, um junge Menschen für den Arbeitsmarkt auszubilden und

vorzubereiten. Die Grünen wollen jedoch die Attraktivität der beruflichen Bildung durch ein verbessertes Ausbildungsangebot weiter erhöhen und Jugendliche gezielt für Fächer interessieren, bei denen grosse Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besteht. Auch die berufliche Neuorientierung wollen die Grünen verstärkt unterstützen.

Gleichzeitig fordern die Grünen auch die Einführung von **Ausbildungspflichten**, die beispielsweise im Kanton Aargau unter der Grünen Gesundheitsdirektorin Susanne Hochuli für Spitäler und Pflegeheime eingeführt wurden. Je nach Potential müssen die Einrichtungen Personen für nicht-universitäre Pflege- und Betreuungsberufe selber ausbilden oder die Ausbildungsleistung bei Externen einkaufen. Damit sollen pro Jahr rund 150 bis 200 zusätzliche Fachkräfte ausgebildet werden bei einem derzeitigen Niveau von rund 400 Abschlüssen.²⁴

Eine weitere Massnahme um die inländische Wohnbevölkerung auf dem Arbeitsmarkt zu stärken ist eine **bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt heute immer noch benachteiligt und verdienen weniger als Männer in gleichen Positionen. Besonders schwierig wird es in der Familienphase. Um einen Ausstieg von Müttern (und vermehrt auch Vätern) aus dem Erwerbsleben zu verhindern, müssen das Betreuungsangebot für Kinder sowie die Möglichkeiten von Teilarbeitszeit und Job-Sharing ausgebaut werden. Gerade auch für Führungskräfte ist das wichtig. Die Grünen setzen sich ausserdem für familienfreundlichere Arbeitszeiten und die Möglichkeit von „Home-Office-Tagen“ ein.

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber suchen teilweise gezielt im Ausland nach Angestellten um die Schweizer Lohnansprüche zu unterwandern. Der **Lohndruck verschärft sich zusätzlich, wenn der Aufenthaltsstatus von Migrantinnen und Migranten verschlechtert** wird, was die Folge der Ecopop-Initiative und der Masseneinwanderungs-Initiative ist. Denn wer mit dem Verlust des Arbeitsplatzes auch die Aufenthaltsbewilligung zu verlieren droht, befindet sich gegenüber den Arbeitgebern in einer schwächeren Verhandlungsposition und kann leichter eingeschüchtert werden.

Dem Lohndumping muss daher der Riegel geschoben werden. Damit auch Arbeitsbedingungen und Löhne eingehalten werden, bedarf es der **Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen und griffiger Kontrollen**. Die Grünen unterstützen zudem die Forderung nach Mindestlöhnen auf Bundesebene und in den Kantonen und fordern die Weiterführung und Ausdehnung der flankierenden Massnahmen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt.

Weitere Informationen:

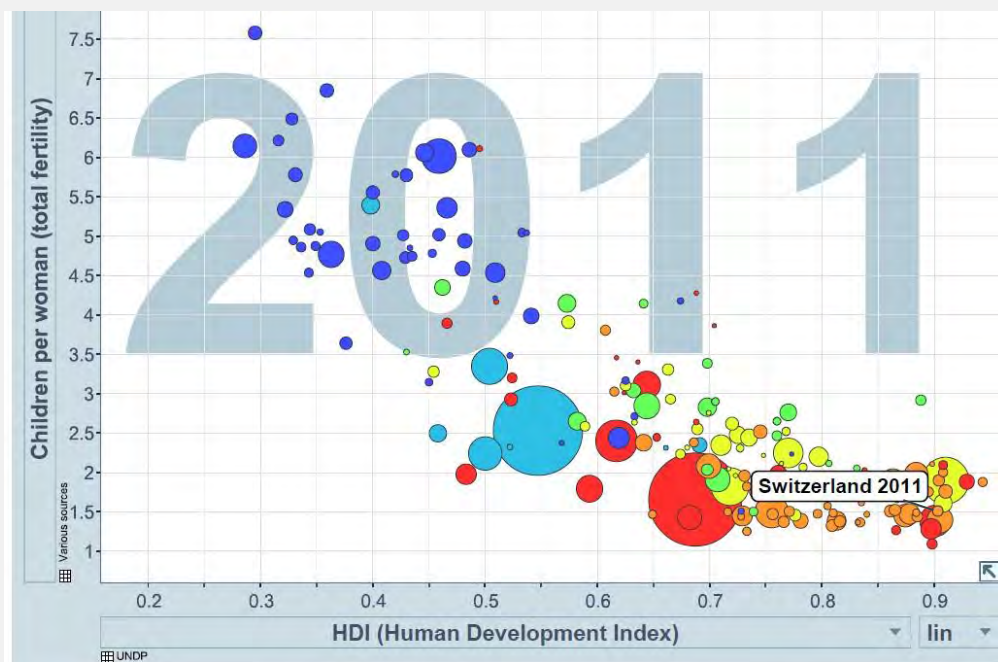
- [Medienmitteilungen](#) zum Thema Arbeit und soziale Sicherheit

6. Verteilungsgerechtigkeit bringt Wohlstand und senkt die Geburtenraten

Die Bevölkerungsentwicklung hängt sehr stark vom Wohlstand einer Gesellschaft ab. Die weltweite **Geburtenrate** ist zwar zwischen 1960 und 2010 von 5 auf 2.5 Kinder pro Frau gesunken²⁵, aber gerade in wirtschaftlich armen Ländern sind die Geburtenraten nach wie vor sehr hoch.

Die Grünen setzen sich mit dem ökologischen Fussabdruck für Verteilungsgerechtigkeit ein. Nur wenn wir Ressourcen gerechter verteilen, erhalten alle Menschen die **Möglichkeit einer würdigen Existenz**. Es ist daher an der Zeit, auch die internationalen Handelsströme und Dienstleistungen neuen Regeln der Nachhaltigkeit zu unterstellen und Wirtschaftsbeziehungen zu fördern, die dem friedlichen Zusammenleben der Völker dienen, die Not und Armut in der Welt lindern und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. An diesen Grundsätzen muss sich auch die Schweizer Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik orientieren. Der Steuerflucht ist hingegen der Riegel zu schieben.

Grafik: Geburtenrate (Kinder pro Frau) sinkt mit steigendem Wohlstand (Human Development Index). Dunkelblau: Afrika, hellblau: Südasien, orange: Europa und Zentralasien, rot: Ost-Asien und Pazifik, gelb: Nord- und Südamerika, grün: Mittlerer Osten und Nordafrika. Quelle: Gapminder ([Link](#)).



Die Schweizer **Entwicklungszusammenarbeit soll parallel dazu ausgebaut** werden und auch auf die ärmsten Teile der Bevölkerung fokussieren: die Frauen und Kinder. Besondere Beachtung sollte dabei das stark vernachlässigte Millenniums-Entwicklungsziel erhalten, die Kinder- und Müttersterblichkeit zu reduzieren.²⁶ Die Grünen unterstützen daher die Stärkung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit in der Entwicklungszusammenarbeit. Dazu braucht es

insbesondere mehr Gesundheitsförderung und Prävention, die Gleichstellung der Geschlechter sowie Zugang zu Bildung und Information. Sie bilden die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben – gerade auch für Frauen.

Weitere Informationen:

- [Artikel](#) von Yvonne Gilli vom Juni 2013
- Grüne [Medienmitteilungen](#) zum Thema Gleichstellung
- [Medienmitteilung](#) der Alliance Sud vom November 2012

Was will die Ecopop-Initiative?

1. Die Zuwanderung in die Schweiz beschränken

Der Verein Ecopop will mit seiner Volksinitiative „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“ die jährliche Zuwanderung auf 0,2% der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz reduzieren. Bei einer derzeitigen Wohnbevölkerung von etwa 8 Millionen Menschen entspräche das einer Obergrenze von rund 16'000 Menschen pro Jahr statt des Wanderungssaldos von rund 70'000 der letzten Jahre.²⁷ In einer Medienmitteilung vom Oktober 2013 erläutern die Initiantinnen und Initianten, dass man auf die Personenfreizügigkeit und die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union zu Gunsten eines Freihandelsabkommens verzichten könne.²⁸ Die Geburten in der Schweiz, die Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie die Kurzaufenthalterinnen und Kurzaufenthalter (weniger als 12 Monate) sind durch die Initiative nicht betroffen.

2. Das Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern reduzieren

Die Initiative fordert ausserdem, mindestens 10% des Budgets der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit – rund 130 Millionen Franken – in Projekte der freiwilligen Familienplanung zu investieren. Unter freiwilliger Familienplanung verstehen die Initiantinnen und Initianten die Förderung von Aufklärungsunterricht und das Zugänglichmachen von Verhütungsmitteln sowie die Finanzierung von Forschung, Werbemassnahmen und administrativem Aufwand zu diesem Zweck. Nicht darunter fallen laut den Initiativ-Erläuterungen „der Bau und Betrieb von allgemeinen Schuleinrichtungen und Spitälern“ sowie „Projekte welche ausschliesslich der reproduktiven Gesundheit dienen“ wie beispielsweise „präinatale oder postinatale Gesundheitsprogramme zur Verbesserung des Überlebens von Mutter und Kind“.²⁹

3. Lebensgrundlagen sichern durch geringeres Bevölkerungswachstum

Das übergeordnete Ziel der Ecopop-Initiative ist, die Einwohnerzahl der Schweiz und anderer Länder auf ein Niveau zu bringen, „auf dem die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft sichergestellt sind“.³⁰ Die Initiantinnen und Initianten sehen in der Zuwanderung die wesentliche Ursache für den Anstieg von Mobilität und Siedlungsflächen.³¹ Auch der Energieverbrauch sei vor allem auf das Bevölkerungswachstum zurück zu führen.³² „Die von den Grünen in den letzten 40 Jahren verfolgte Strategie von Konsumverzicht und grüner Technik“ habe laut den Initiantinnen und Initianten „wegen ihrer Einseitigkeit leider versagt“.³³

Aufruf zum Bündnis gegen Ecopop

Das knappe Ja zur SVP-Abschottungsinitiative belastet das Verhältnis der Schweiz zu den europäischen Nachbarländern und das Verhältnis zwischen der Bevölkerung in ländlichen und städtischen Gebieten. Und sie schränkt die Rechte der Inländer/innen ohne Schweizerpass ein. Die konservative Schweiz hat die offene und fortschrittliche Schweiz in die Minderheit versetzt. Für den Lohn-, Mieter- und Kulturlandschutz wurde dabei nichts gewonnen. Im Gegenteil: Die Urheberin der Initiative, die SVP, lehnt alle Verbesserungen in der Raumplanung, in der Verkehrspolitik und auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt ab.

Die Ecopop-Initiative, die Ende Jahr oder 2015 zur Abstimmung kommt, geht in der Abschottung noch einen Schritt weiter. Anders als die SVP-Initiative setzt sie verbindliche und tiefe Limiten für die Zuwanderung. Und sie will 10 Prozent des Entwicklungszusammenarbeits-Budgets für die Geburtenplanung reservieren. Anstatt die Rechte und die Bildung der Frauen weltweit zu stärken, soll die Geburtenrate gesenkt werden.

Wir wollen mit Ecopop nicht noch tiefer in die Sackgasse rennen, sondern echte Lösungen zur Regelung des Miet- und Arbeitsmarktes und zum Schutz von Natur und Landschaft mehrheitsfähig machen - zum Beispiel mit der Mindestlohninitiative der Gewerkschaften, die bereits am 18. Mai zur Abstimmung gelangt. Oder mit der Initiative für eine Grüne Wirtschaft, die den ökologischen Fussabdruck verkleinern will. Auch beim Raumplanungsgesetz sowie in der Verkehrs- und Steuerpolitik stehen wichtige Entscheidungen an, die wir nicht den nationalkonservativen Kräften überlassen können. Diese Initiative ist weder ökologisch noch solidarisch.

Mit einem Aktionsbündnis für eine offene Schweiz wollen wir die fortschrittlichen Kräfte in der Schweiz stärken. Nicht die Abschottung bringt uns weiter, sondern eine nachhaltige Standort- und Ressourcenpolitik, Bildung, Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität. [Schliessen Sie sich dem Aktionsbündnis für eine offene Schweiz - Nein zu Ecopop an.](#) Wir werden Sie so rasch als möglich kontaktieren.

Im Namen der Geschäftsleitungen der Grünen und der Jungen Grünen Schweiz

Regula Rytz und Adèle Thorens
Co-Präsidentinnen Grüne
Schweiz

Lena Frank, Ilias Panchard,
Andreas Lustenberger
Co-Präsidium Junge Grüne
Schweiz



Quellenverzeichnis

-
- ¹ Eigene Zusammenstellung mit Daten von Bundesamt für Statistik (BFS) (2013) STAT-TAB, Raumnutzung und Landschaft, Arealstatistik, Standardnomenklatur (NOA S04). [Link](#). Bevölkerungszahlen aus BFS (2013) Arealstatistik, Siedlungsflächen pro Einwohner, Kantone / Städte, su-b-02.02-sf-ks-noas04. [Link](#).
- ² Daten aus Bundesamt für Statistik (BFS) (2013) Neu erstellte Gebäude mit Wohnungen, neu erstellte Wohnungen nach Kategorie der Gebäude; Entwicklung (je-d-09.04.03.01.01). [Link](#). Kurzübersicht ab 2006: [Link](#).
- ³ Daten aus Bundesamt für Statistik (BFS) (2013) Fahrzeugbewegungen und Fahrleistungen im Personenverkehr (je-d-11.04.01.01). [Link](#). Erläuterung des BFS zur „Fahrleistung“: „Sollen (...) die Umweltauswirkungen sowie die Beanspruchung der Infrastruktur beurteilt werden, ist der Kennwert der *Fahrleistung* vorzuziehen. Fahrleistungen sind die Wegstrecken, welche von Fahrzeugen innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt werden–unabhängig vom Besetzungs- bzw. Auslastungsgrad.“ ([Link](#))
- ⁴ Siehe BFS (2014) Mobilität und Verkehr – Panorama. S. 1. [Link](#).
- ⁵ Siehe BFS (2013) Pendlermobilität in der Schweiz 2011. S. 2. [Link](#).
- ⁶ Siehe BFS (2014) Mobilität und Verkehr – Panorama. S. 1. [Link](#). Siehe für die Verkehrsfrage auch Müller-Jentsch, Daniel (2013) Entfesseltes Verkehrswachstum. [Link](#).
- ⁷ Daten aus BFS (2013) Endenergieverbrauch nach Energieträgern (je-d-08.03.01.01). [Link](#).
- ⁸ Daten aus BFS (2013) Bevölkerungsdaten im Zeitvergleich (je-d-01.01.01.01). [Link](#).
- ⁹ Daten aus BFS (2013) Endenergieverbrauch nach Energieträgern (je-d-08.03.01.01). [Link](#).
- ¹⁰ Daten aus BFS (2013) Bevölkerungsdaten im Zeitvergleich (je-d-01.01.01.01). [Link](#).
- ¹¹ Ernst Basler+Partner (2013) Ressourceneffizienz Schweiz. S. 21. Im Auftrag des BAFU. [Link](#).
- ¹² Ecopop (2012) Erläuterungen zur Volksinitiative von Ecopop. S. 1. [Link](#).
- ¹³ Schweiz: 5.01gha; Burkina Faso: 1.53gha, Congo: 1.08gha. Borucke, Michael et al. (2013) Accounting for demand and supply of the biosphere's regenerative capacity: The National Footprint Accounts' underlying methodology and framework Ecological Indicators. S. 527-528. [Link](#).
- ¹⁴ Eigene Berechnung: Da unser ökologischer Fussabdruck rund drei Mal zu gross ist, müsste man die Bevölkerung auf ein Drittel reduzieren, von 8 Millionen also auf 2.7 Millionen (also etwa 5.3 Millionen weniger Menschen).
- ¹⁵ Siehe BFS (2013) Die Bevölkerung der Schweiz 2012. S. 5. [Link](#).
- ¹⁶ Siehe Zitat von Heinz Brand, Nationalrat SVP: „Ein Rohstoffhändler, der beispielsweise jährlich drei Millionen Franken verdient, wird auch künftig problemlos seine Familie nachkommen lassen können. Ausländer, die für jeweils einen Kurzaufenthalt wie eine Saison in der Schweiz arbeiten, sollen nur noch die Kurzaufenthaltsbewilligung ohne Recht auf Familiennachzug erhalten – egal woher sie kommen.“ (Tagesanzeiger, 12.2.14, [Link](#))
- ¹⁷ DEZA (2013) DEZA-Jahresbericht 2012. Statistik-Anhang, S. 20-21. [Link](#).
- ¹⁸ DEZA (2013) DEZA-Jahresbericht 2012. Statistik-Anhang, S. 9. [Link](#).
- ¹⁹ BFS (2013) Im Ausland niedergelassene Schweizer nach ausgewählten Wohnstaaten. [Link](#).
- ²⁰ Swisscleantech (2013) Swisscleantech fordert die Ressourcenwende. Medienmitteilung vom 20.8.13. [Link](#). ÖBU (2013) Die Schweiz nun auch im globalen Netzwerk für Nachhaltigkeit. Medienmitteilung vom 20.8.14. [Link](#).
- ²¹ Der Landbote (2014) „Der Unterhalt wurde vernachlässigt“. Interview. 15.1.14. [Link](#).
- ²² Zahlen aus: ARE (2012) Trends und Herausforderungen in der Raumentwicklung. Zahlen und Hintergründe zum Raumkonzept Schweiz. [Link](#).
- ²³ Empfehlungen aus ARE (2012) Wirtschaftsförderung und Nachhaltige Entwicklung in den Kantonen. Autorin: Adèle Thorens. [Link](#).
- ²⁴ Horisberger, Kathy (2012) „Jede Institution bildet je nach Potenzial aus“. Interview mit Susanne Hochuli, Gesundheitsdirektorin Kanton Aargau. [Link](#).
- ²⁵ UN Data, Total Fertility Rate World, [Link](#).
- ²⁶ Die Kindersterblichkeitsrate wurde seit 1990 um 47% reduziert statt um die angestrebten 2/3. Siehe UN (2013) The Millennium Goals Report – Goal 4: Reduce child mortality. [Link](#). Die Müttersterblichkeit variiert stark nach Region und liegt noch weit weg vom angestrebten Ziel laut UN (2013) The Millennium Goals Report – Goal 5: Improve maternal health. Target 5.A. [Link](#).
- ²⁷ Sie Bundesamt für Migration, Ausländer- und Asylstatistik, Taschenstatistik 2012, S. 14-15. [Link](#).
- ²⁸ Ecopop (2013) Medienmitteilung vom 23.10.13. [Link](#).
- ²⁹ Ecopop (2012) Erläuterungen zur Volksinitiative von Ecopop. S. 2. [Link](#).
- ³⁰ Ecopop-Initiativtext, Absatz 1. [Link](#).
- ³¹ Ecopop (2013) Medienmitteilung vom 23.10.13. [Link](#).
- ³² Büeler, Benno (2014) „Die Erde auf Überlast“. NZZ, 16.1.14, S. 23. [Link](#).
- ³³ Ecopop (2014) Medienmitteilung vom 1.3.14. [Link](#).

Stellungnahme von SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz zur Ecopop-Initiative

Bern/Lausanne, 7. Mai 2014

Die Ecopop-Initiative

Die Ecopop-Initiative "Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen" verlangt, dass die jährliche Nettozuwanderung in der Schweiz im Durchschnitt auf 0,2 % der ständigen Wohnbevölkerung beschränkt wird und gleichzeitig mindestens 10% der in die internationale Entwicklungszusammenarbeit fliessenden Mittel zur Förderung der freiwilligen Familienplanung eingesetzt werden müssen. Das Anliegen des Initiativkomitees soll über die Änderung eines Verfassungsartikels erfolgen.¹ Hinter der Initiative steht ECOPOP (ECOlogie et POPulation), eine nach eigenen Angaben politisch unabhängige Umweltorganisation, deren Anliegen es sei, die natürlichen Lebensgrundlagen und die Lebensqualität in der Schweiz und weltweit für kommende Generationen zu erhalten. Die Organisation ist nach eigenen Angaben seit mehr als 40 Jahren aktiv.² Die Initiative wurde am 02.11.2012 mit den nötigen Unterschriften eingereicht und wird voraussichtlich Ende 2014 oder in der ersten Hälfte 2015 zur Abstimmung kommen.

Position des Bundesrates

Der Bundesrat empfiehlt in seiner Botschaft vom 23. Oktober 2013, die Ecopop-Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. In der Botschaft stellt der Bundesrat fest, dass „Ziele und Inhalt der Initiative weder mit der heutigen Migrationspolitik der Schweiz noch mit der bewährten schweizerischen Praxis im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit vereinbar sind“³. Der Forderung, dass 10 % der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit für Massnahmen im Bereich der freiwilligen Familienplanung zu verwenden sind, setzt der Bundesrat entgegen, dass langjährige Erfahrungen der Schweiz in der Entwicklungszusammenarbeit zeigen, dass isolierte Einzelmassnahmen nicht zielführend seien.⁴

¹ Initiativtext:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 73a (neu) Bevölkerungszahl

¹ Der Bund strebt auf dem Gebiet der Schweiz eine Einwohnerzahl auf einem Niveau an, auf dem die natürliche Lebensgrundlagen dauerhaft sichergestellt sind. Er unterstützt dieses Ziel auch in anderen Ländern, namentlich im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

² Die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz darf infolge Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt nicht um mehr als 0,2 Prozent pro Jahr wachsen.

³ Der Bund investiert mindestens 10 Prozent seiner in die internationale Entwicklungszusammenarbeit fliessenden Mittel in Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Familienplanung.

⁴ Er darf keine völkerrechtlichen Verträge abschliessen, die gegen die Bestimmungen dieses Artikels verstossen oder Massnahmen verhindern oder erschweren, die zur Erreichung der Ziele dieses Artikels geeignet sind.

² www.ecopop.ch

³ Botschaft des Bundesrates zur Volksinitiative „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“ vom 23. Oktober 2013

Stellungnahme von SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz

Die Ecopop-Initiative verlangt die strikte Förderung der „freiwilligen Familienplanung“ im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit als eine von zwei Massnahmen, um „die Überbevölkerung“ zu stoppen zwecks „dauerhaften Sicherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen“. Mit der Familienplanung nimmt die Initiative ein wichtiges Thema aus dem Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte auf, für das sich SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz einsetzt. **Als akkreditiertes Mitglied der International Planned Parenthood Federation (IPPF) und Referenzorganisation in der Schweiz zum Thema sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte hat SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz deshalb die Initiative mit Blick auf die Forderung zur Familienplanung genau unter die Lupe genommen und kommt zum Schluss, dass die Ecopop-Initiative abzulehnen ist.**

NEIN zur Ecopop-Initiative mit Bezug auf die Forderung betreffend Familienplanung

Die Ecopop-Initiative ist aus den folgenden Gründen abzulehnen:

1. **Sie verlangt die Förderung der Familienplanung als Mittel zur Beschränkung des Bevölkerungswachstums in Entwicklungsländern und nicht als Anliegen der Menschenrechte.**
2. **Im Hinblick auf die Frage des Bevölkerungswachstums lässt sie die weiteren zentralen Komponenten des Aktionsprogramms von Kairo ausser Acht. Sie bedeutet damit einen Rückschritt hinsichtlich des Konsens von Kairo von 1994.**
3. **Sie reisst Familienplanung als Einzelmassnahme aus dem Kontext der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte heraus und ist damit nicht zielführend.**
4. **Sie behindert mit ihrer strikten Vorgabe das von der Schweiz im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit geleistete Engagement zur Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte.**
5. **Die Forderung nach strikter Förderung einer Einzelmassnahme mit entsprechender Vorgabe an die Deza steht im Widerspruch zur komplexen Debatte um die globale Post-2015-Agenda.**

1. Das übergeordnete Ziel der Ecopop-Initiative ist Stabilisierung der Bevölkerungszahlen zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dieses bildet gemäss Bundesrat die Einheit der Materie, welche Voraussetzung ist, damit die Initiative überhaupt zur Abstimmung kommen kann.⁵ Die Förderung der „freiwilligen Familienplanung“ ist dabei eine von zwei Massnahmen, um dieses Ziel zu erreichen. Für SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz ist es problematisch, wenn Familienplanung isoliert als Mittel zur Beschränkung der Bevölkerungszahl genannt wird. Für SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz ist Familienplanung ein sexuelles Recht, welches sicherstellt, dass jemand selber bestimmen kann, ob, wann und wie viele Kinder

geboren werden sollen. **Dieses Recht steht allen zu, auch vulnerablen Gruppen, denn es ist abgeleitet von den Menschenrechten universell, und dient keiner übergeordneten Absicht.**

2. Das Aktionsprogramm von Kairo bildet einen wichtigen Bezugspunkt bei Fragen zur Familienplanung. Es wurde 1994 an der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 179 Regierungen, darunter die Schweiz, verabschiedet. Die reproduktive Gesundheit inklusive Familienplanung wird neben Gleichstellung der Geschlechter, women's empowerment und Zugang zu Bildung, vor allem für Mädchen, als zentrale Aktionsfelder für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung genannt. Das Aktionsprogramm von Kairo von 1994 bedeutete ein Paradigmawechsel in der Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik, weil diese sich nicht mehr prioritär auf Bevölkerungszahlen ausrichtete, sondern auf die Menschenrechte. **Die Ecopop-Initiative dagegen greift die Familienplanung als Einzelmassnahme zur Stabilisierung der Bevölkerungszahlen heraus, was ein bedenklicher Rückschritt vor 1994 bedeutet.**

3. Familienplanung ist für SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz ein wichtiger Teil im umfassenden Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte und soll entsprechend integriert behandelt werden. SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz setzt sich dafür ein, dass der Zugang zu Familienplanung für alle, auch für vulnerable Gruppen, verbessert wird. Eng damit verknüpft sind aber auch Themen wie die Prävention von HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Infektionen, Zugang zu medizinischer Versorgung während der Schwangerschaft und Geburt, sexuelle Gewalt, Gleichstellung der Geschlechter und Sexualerziehung. Ecopop dagegen definiert Familienplanung im engen Sinn als die Bereitstellung von Verhütungsmitteln begleitet durch Information und Beratung⁶. **Die Realität in Entwicklungsländern zeigt, dass alleine das Verfügbarmachen von Verhütungsmitteln nicht ausreicht, damit Frauen darüber bestimmen können, ob und wann sie Kinder haben. Faktoren wie Armut, Gleichstellung der Geschlechter, Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen, Zugang zu Gesundheitsdiensten sind ebenso bestimmend dafür, ob jemand die sexuellen Rechte beanspruchen kann.** Aufschlussreich dazu ist der jährlich erscheinende thematische Bericht des UNO-Weltbevölkerungsfonds UNFPA von 2013, welcher das Thema Schwangerschaften bei Jugendlichen und Mädchen behandelt. Der Bericht weist darauf hin, dass neben fehlender Verhütungsmittel vor allem die Geschlechterdiskriminierung, sexuelle Gewalt und Zwangsheirat die Gründe dafür sind, dass junge Frauen ungewollt schwanger werden. Von zentraler Bedeutung zur Verhinderung von ungewollten Schwangerschaften ist für UNFPA deshalb die Stärkung der Rechte der Betroffenen, Investitionen in die Bildung von Mädchen, Zugang zum Erwerbsleben, Bekämpfung von Geschlechterdiskriminierung und sexueller Gewalt, Verbot von Zwangsheirat und umfassende Sexualerziehung. Mit der Verbesserung der Versorgungslage alleine können also keine Fortschritte erzielt werden. **Man muss vielmehr auch die strukturellen Ursachen angehen, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Determinanten, die verhindern, dass Frauen ihre Rechte beanspruchen können.**

4. Die Schweiz engagiert sich im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für verschiedene Themen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte. Insbesondere setzt sie sich für die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele und des Aktionsprogramms von Kairo ein. Auch in der Position der Schweiz zur Post-2015-Agenda ist die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte enthalten. Angesichts limitierter disaggregierter Daten ist es derzeit allerdings schwierig, genau aufzuzeigen, wie viel Geld im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in den Bereich reproduktive Gesundheit und Familienplanung fließt. Angesichts dieser mangelnden Transparenz, die in einem ersten Schritt verbessert werden müsste, **macht es keinen Sinn, für eine Einzelmassnahme in einem komplexen Umfeld strikte Vorgaben zu machen. Dies kann sich vielmehr kontraproduktiv auswirken und umfassende Massnahmen behindern bzw. ihnen die finanziellen Mittel entziehen, welche nachhaltig den Zugang zu Familienplanung verbessern würden.**

5. Die Forderung nach strikter Förderung einer Einzelmassnahme mit entsprechender fixer Vorgabe an die Deza steht im Widerspruch zur komplexen Debatte um die globale Post-2015-Agenda, welche auch nachhaltige Entwicklungsziele umfassen wird. **Die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte müssen in der Post-2015-Agenda enthalten sein, sie sind aber eng verflochten mit Forderungen nach der Umsetzung der Menschenrechte, der Bekämpfung von Armut, der Beseitigung von Ungleichheiten und women's empowerment.**

Schlussfolgerung

SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz lehnt die Ecopop-Initiative ab, da die Forderung betreffend Familienplanung aus dem Kontext der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte herausgerissen ist und sie mit fixer Vorgabe diesbezügliche nachhaltige Fortschritte behindert. Aus Menschenrechtsperspektive ist die Initiative auch insgesamt fragwürdig, weil sie bei der Frage der Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen mit *Abgrenzung* und *Begrenzung* reagiert, ohne den Ressourcenverbrauch und das Konsumverhalten im eigenen Lande in Frage zu stellen. Die Post-2015-Agenda, welche die Millenniums-Entwicklungsziele weiter- und mit nachhaltigen Entwicklungszielen zusammenführen wird, bietet derzeit eine grosse Chance, einige der genannten Herausforderungen anzugehen. **SEXUELLE GESUNDHEIT** Schweiz setzt sich dafür ein, dass in diesem wegweisenden Prozess die sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte inklusive Familienplanung in dieser wegweisenden Agenda verankert sind und Ungleichheiten bekämpft werden.

Links

<http://www.ecopop.ch/joomla/index.php/de/>

Botschaft des Bundesrates zur Ecopop-Initiative

<http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2013/8693.pdf>